

Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 35

Duisburg, den 27. August 1932

33. Jahrgang

EINLADUNG ZUR

13. GENERAL-VERSAMMLUNG

des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

am 25. September und folgende Tage in Königswinter, im
Haus der Christlichen Gewerkschaften, Hauptstraße Nr. 56.

TAGESORDNUNG:

1. Konstituierung der Generalversammlung, Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: Verbandsvorsitzende Wieber und Schmitz; Kassenbericht: Hauptkassierer Hegemann; Bericht der Redaktion: Verbandsredakteur Georg Wieber. Bericht der Revisoren, Entlastung des Vorstandes.
3. Mittel und Wege zur Behebung der Wirtschaftskrise. Berichterstatter Professor Dr. Theodor Brauer.
4. Beratung der gestellten Anträge.
5. Wahl des Vorstandes und Ausschusses.
6. Verschiedenes.

DER VORSTAND:

I. A.: Franz Wieber, Verbandsvorsitzender

Verzeichnis der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung

Wahlbezirk	Laufende Nummer	Name	Wahlbezirk	Laufende Nummer	Name
Aachen	1	Math. Lejeune	Essen (Ruhr)	17	Wilhelm Gröne
	2	Hermann Stumm		18	Josef Meierotte
Aalen i. Wttbg.	3	Adolf Schäfer		19	Paul Rühler
Ahlen i. Westfalen	4	Heinr. Große-Ausber	Frankfurt am Main	20	Friedrich Mehltreter
Amberg (Opf.)	5	Franz Eggerl	Sagen in Westfalen	21	Karl Lenz
Augsburg	6	Hans Krauß	Samm in Westfalen	22	Franz Wilmesmeier
Berlin	7	Hans Klingenberg	Hamburg	23	Georg Kaminski
Bochum	8	Aloys Grothe	Sildesheim	24	Hugo Kirchner
Breslau	9	Paul Sübner	Sindenburg (Oberschlesien)	25	Walter Siara
Danzig	10	Matthias Granrath	Sörde	26	Heinrich Schriever
Dillingen (Saar)	11	Josef Reiter	Köln	27	Karl Hövelborn
Dortmund	12	Heinrich Hase		28	Josef Lomberg
Duisburg	13	Wilhelm Kurth	Kiel	29	Karl Rolte
	14	Johann Szymczak	Krefeld	30	Anton Siegel
Düsseldorf	15	Josef Brell	Leipzig	31	Kurt Weissflog
	16	Adolf Bugowski	Ludwigshafen	32	Adolf Schwarz

Wahlbezirk	Laufende Nummer	Name	Wahlbezirk	Laufende Nummer	Name
Magdeburg	33	Franz Arand	Olpe in Westfalen	47	Paul Gerhardus
Mannheim	34	Heinrich Vogt	Offenbach am Main	48	Aloys Behelm
Mainz	35	Kaspar Decker	Osnabrück	49	Johann Dölker
Menden	36	Hermann Weibelhaus	Saarbrücken	50	Jakob Franzen
M. Gladbach	37	Wilhelm Enger		51	Eduard Steffen
Mülheim (Ruhr)	38	Wilhelm Schotten	St. Ingbert	52	Paul Muckenaupt
München	39	Eduard Kastlmeier	Siegen	53	Wilh. Braß
Münster in Westfalen	40	Hans Görtches	Siegburg	54	Franz Krämer
Neheim (Ruhr)	41	Ferd. Ottensmann	Solingen	55	Felix Neumann
Neunkirchen (Saar)	42	Hans Bongers	Stuttgart	56	Franz Rummel
Nürnberg	43	Karl Saham	Velbert	57	Otto Borghoff
	44	Wendelin Schmitt	Villingen (Baden)	58	Josef Panther
Oberhausen	45	Fritz Böhner	Völklingen (Saar)	59	Wilhelm Schmitt
Olzberg	46	Hermann Mainzer			

Gewerkschaftliches Mitgliedsbuch oder Stimmzettel

Wahlstieber und Wahlleidenschaften haben selbst in manchem Arbeiter den Blick für seine ureigensten Interessen getrübt. Alles war auf Wahlen eingestellt, und die politischen Parteien stellten es so dar, als ob man nur sie zu wählen brauche, und das Land, wo Milch und Honig fließt, sei für den Arbeiter angebrochen. Dieses Schwenken des Stimmzettels als Allheilmittel gegen alle Nöte der Zeit ist ein typisch marxistischer Gedanke. Daß sogar Parteien, welche den Kampf gegen den Marxismus als oberstes Prinzip auf ihre Fahne schreiben, am eifrigsten Stimmzettel-Gläubige und Stimmzettel-Eiferer waren, zeigt deutlich, wie sehr die Grenzen verwischt sind. Sie Marxisten — die Antimarxisten: sie huldigen dem gleichen Götzen Stimmzettel.

Es war eine gefährliche Proklamation auf dem sozialistischen Parteitag 1927 in Kiel, als das Wort von Karl Marx aufgegriffen und folgendermaßen serviert wurde:

Justiz!! Natürlich nur in Mexiko!



„Meine Herren! Es kommt doch viel weniger auf den Tatbestand, als auf das Motto an. Sicherlich hat dieser edle Mensch dem Ermordeten auch noch 50 Dollar abgenommen, aber dafür wollte er ihm doch auch die ewige Seligkeit versorgen.“

„Wir müssen in jedes Arbeiterhirn einhämmern, daß der Lohn ein politischer Lohn ist. Die Arbeiterfrauen müssen endlich begreifen, daß, wenn sie zur Wahl gehen, die Lohnhöhe bestimmen, den Brotpreis und den Fleischpreis.“

So wurde der Arbeiterschaft der höchstgefährliche Gedanke suggeriert, als ob im Leben des Einzelnen, des Standes oder des Volkes der Stimmzettel das Ausschlaggebende sei zur Beeinflussung von Wirtschaft und Staat.

Nicht als ob wir damit irgendwie die Notwendigkeit der politischen Parteien, der Mitarbeit darin oder der Wahlpflicht verkleinern oder gar leugnen wollten. Die Arbeiterschaft hat wie jeder andere Stand nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, ihre politischen und parteipolitischen Aufgaben zu erfüllen. Auch die Politik kann eine Hemmung oder Förderung von Lebensfragen der Arbeiterschaft bringen, die Arbeiterschaft muß ihrer Stärke und ihrer politischen und wirtschaftlichen Bedeutung nach ihre Vertretung in den politischen Parteien besitzen. Alles das sind solche Selbstverständlichkeiten, daß man darüber gar nicht zu reden brauchen sollte.

Nicht darum handelt es sich. Sondern es handelt sich um die gefährliche Geistesstimmung, die in dem Gedanken liegt, daß man eigentlich als Staatsbürger und Arbeiter nur zu wählen brauche, nur seinen Stimmzettel in die Wahlurne zu stecken habe, dann habe man seiner Pflicht Genüge getan. Für alles andere würden schon Staat und Regierung sorgen. Das ist jener gefährliche Gedanke, daß der Staat für jeden Einzelnen das Notwendige zu leisten habe und daß infolgedessen die Selbsthilfe und die Organisation keinen oder nur wenig Zweck hätten.

Gerade der Wert der eigenen Kraft wird von der Arbeiterschaft oft vergessen. Durch die sozialistische Anschauung betört, warfen sie vielfach alle ihre Hoffnung auf die Staatshilfe oder, wie der geläufigere Ausdruck heißt, auf die „Allgemeinheit“ und stehen niedergeschmettert da, wenn sie erkennen müssen, daß der Staat doch nicht alles kann und daß er für einen Stand oder eine Gruppe auch nur soviel durchführt, wie diese Gruppe organisatorisch stark ist. Wir haben Länder mit viel weitergehenden sozialen Gesetzen als Deutschland, aber sie werden im Alltagsleben nicht durchgeführt, weil keine geschlossene gewerkschaftliche Kraft der Arbeiterschaft dahinter steht.

Wohin diejenigen kommen, die ihren ganzen Glauben auf den Staat und die Staatshilfe gesetzt haben, dafür bot das „Evangelische Gemeindeblatt für Stuttgart“ in einer Arbeiterzuschrift über manche gegenwärtige Verhältnisse vor einiger Zeit einen erschreckenden Beweis. Es heißt in der Zuschrift:

„Ich will es offen aussprechen: So wie ich haben viele Tausende von christlichen Arbeitern jede Hoffnung auf den Staat und seine Hilfe verloren. Warum duldet der Staat solche Zustände? Warum läßt der Staat zu, daß Menschen, ohne zu arbeiten, sich den

Gewinn aneignen, den die Arbeitskraft anderer bringt! Warum verbietet der Staat nicht, daß die Firma ihre Arbeiter auf die Straße werfen kann, wenn sie es will! Warum erlaubt es der Staat den Kapitalisten, ihre Arbeiter und Arbeiterinnen zu zwingen, zehn Stunden und mehr zu arbeiten und sie körperlich und geistig zu ruinieren? Warum hilft der Staat durch seinen Schlichter den Unternehmern, die Löhne niedrig zu halten und die Arbeitszeit zu verlängern? Warum steht in allen Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern der Staat mit seiner Polizei auf der Seite der Unternehmer? (Sperrungen von uns. — Die Red.)

Das ist die Tragödie des Glaubens an den Stimmzettel und die Staatshilfe. Wir wollen uns nicht mit dieser oder jener Richtigkeit oder Schiesheit der Zuschrift befassen, sondern wollen die Zuschrift als Ganzes auf uns wirken lassen. Das ist die Verzeiwung desjenigen, der seine ganze Hoffnung auf den Staat setzte und nun einsehen muß, daß der Staat nicht alles regeln und reglementieren kann. Aber noch bezeichnender in der Zuschrift ist, daß nirgendwo, trotzdem der Einsender die vielen Mängel sieht, auch nur ein Wort steht über ein „Aufpassen zur Selbsthilfe“. Nichts davon. Im Gegenteil, der Gedanke des Zurückfallens in Lethargie beherrscht die ganze Zuschrift. Das ist die für die Arbeiterschaft gefährliche Wirkung jener einseitigen Auffassung, daß der Staat alles machen muß.

So wie dieser Mann denken und fühlen, verwirrt und verführt durch alle möglichen Ideen, leider Hunderttausende von Arbeitern. Das kommt daher, weil sie Ziel und Kraft des Staates und die Notwendigkeit der Selbsthilfe nicht in die richtige Beziehung zueinander bringen. Je weiter wir uns von den Jahren 19 und 20 entfernen, um so stärker steht die Tatsache vor uns, daß das Ringen im wirtschaftlichen Leben hauptsächlich durch die beiden großen Kontrahenten Gewerkschaft und Unternehmertum wird ausgefochten werden. Man wird zwar niemals die staatliche Funktion ganz entbehren können, sei es im Interesse dauernden Wirtschaftsfriedens, sei es, um das Übergewicht wirtschaftlicher Mächte, Truste, Kartelle usw., einzudämmen; aber der Hauptteil der Arbeit wird durch die Selbsthilfebestrebungen der Arbeiterschaft, die gewerkschaftliche Organisation, geleistet werden müssen. Er wird heute tatsächlich schon durch die gewerkschaftliche Organisation geleistet.

Die Meinung, die manchmal in der Arbeiterschaft vertreten wird, daß alles was erreicht werde, durch die Gesetzgebung oder den Schlichter erfolge, daß alles doch von selbst komme,

ist grundfalsch und wird um so bedenklicher, je mehr heute von Staats wegen an Sozialversicherung und Arbeitsrecht „geknabbert“ wird. Jetzt kommt es mehr als in den letzten zehn oder zwölf Jahren auf die Initiative der Arbeiterschaft selbst an.


Da wird auf die Dauer nur diejenige Organisation etwas erreichen können, die etwas einzusetzen hat, sonst bleiben die Erfolge aus. Das heißt aber auch, daß die Kollegenschaft sich viel mehr für ihre eigene Angelegenheiten interessieren, eine Bewegung mit ganz anderen Augen ansehen muß, als es vielfach in der Vergangenheit der Fall war. Es muß ihr viel stärker wieder zum Bewußtsein kommen, daß z. B. Arbeitsrecht und Sozialversicherung nicht eine Sache des beamteten Kollegen oder einer Kommission, sondern ihre eigene Sache ist, um die es geht.

Verlangen diese Fragen eine Verstärkung der eigenen gewerkschaftlichen Position, so muß die Arbeiterschaft weiterhin zur Ueberzeugung kommen, daß ihr mit dem Stimmzettel nicht gedient ist. Viele sind der Ansicht, man brauche nur Demonstrationen und Programme vom Stapel zu lassen und die sozialen Fragen seien der Lösung näher gebracht. Auch darin macht sich mehr und weniger ein Abziehen vom wirtschaftlichen Selbsthilfegedanken bemerkbar und wird die Idee erweckt, als ob der Besitz der politischen Macht das Ausschlaggebende sei, nach dem die Arbeiterschaft zu streben habe.

Ob man sich in der Arbeiterschaft schon einmal den Gedanken näher vor Augen geführt hat, wie denn eigentlich auch die sozialpolitische Gesetzgebungsmaschine laufen soll, wenn die gewerkschaftliche Organisation geschwächt ist. Eine Kriegervereinsfrage alten oder neuen Stils hat noch nie etwas für die Hebung der Arbeiterschaft erreicht.

Wir als Gewerkschaftler wollen kein Mittel gering achten, durch das wir unsere berechtigten Interessen vertreten können, ob es auf parteipolitischem oder staatspolitischem Wege, durch Kommunen oder durch den Staat geschieht, aber wir müssen das alles in die richtige Rangordnung hineinbringen. Das Fundament aller unserer Arbeit, unserer Bestrebungen und unserer Erfolge ist die gewerkschaftliche Organisation. Davon aus suchen wir unsere Interessen in Staat und Volk zu vertreten. Das wird uns um so eher und um so stärker gelingen, je fester die Gewerkschaft an Mitgliedern und Finanzen ist. Auch im demokratischen Staat wird das moralische Recht um so eher zum Siege kommen, je stärker die Macht ist, die dahinter steht. Die Macht der Arbeiterschaft aber beruht in ihrer gewerkschaftlichen Organisation. G. W.

Metallarbeiterchaft, Sozialpolitik und Regierung Papan

 Im Anfang des Kampfes um das Recht der Arbeiterschaft steht nicht der Stimmzettel, sondern die Selbsthilfe der Arbeiter. Die „Alten“ erkannten mit instinktiver Sicherheit, daß Parteien, Parteipolitik und Parteimaschinerie trotz ihrer Wichtigkeit nur Nebenerscheinungen auf dem Aufstiegswege der Arbeiterschaft abgeben konnten. Eine Schicht, die sich gleichberechtigt einfügen will in Volk und Wirtschaft, kann das nicht auf den Krücken anderer. Sie muß aus sich selbst die Kräfte loslösen, welche dazu notwendig sind. Dazu kommt, daß Parteimacht und Stimmzettel viel zu wechselnde Erscheinungen sind, um darauf ein festes Fundament einer Standwerdung aufzubauen. Rettung kommt nur aus dem Eigenen, aus dem Zusammenschluß, aus der gewerkschaftlichen Organisation.

Das alles sahen die „Alten“ schon klar vor dreißig und mehr Jahren. Was damals in Zeiten verhältnismäßig ruhigen Parteilbens richtig war, wird heute, in den Tagen der Massenbewegungen, der Unklarheiten und der Radikalismen, unbedingte Notwendigkeit. Soll das Recht des Arbeiters, die Existenz seiner Familie, Sozialversicherung, Koalitionsrecht, Lohnhöhe, Tarifvertrag an Parteien gebunden werden, die heute sind und morgen nicht mehr sind? Oder hat

das alles nicht sein eigentliches Fundament in der solidarischen Geschlossenheit der Arbeiterschaft in der Gewerkschaft! Deshalb ist die Gewerkschaft ein Lebenselement des Arbeiters. Von hier aus erst beginnt die Kraft und die Macht der Arbeiter. Ihr Einfluß reicht gerade so weit, wie die gewerkschaftliche Organisation Einfluß hat. Die Ueberschätzung des Stimmzettels hat noch nie der Arbeiterschaft Gutes gebracht, wohl aber denjenigen Schichten, welche wissen, daß der Stimmzettel erst Wert hat, wenn geschlossene wirtschaftliche Organisationen dahinter stehen. Das wissen vor allem die Unternehmer.

Seute geht der Kampf um die Sozialpolitik. Der Kampf darum würde trotz 85% Wahlbeteiligung für die Arbeiterschaft nicht günstig auslaufen, wenn sie dabei ihr Zeil etwa von den politischen Parteien erwartete, gleich welcher Couleur. Erst die geschlossene Macht der Arbeiterbataillone in den Gewerkschaften läßt die Feinde der Sozialpolitik aufhorchen. Auch die Regierung Papan sieht so und nicht anders die Machtverhältnisse.

Die Regierung Papan beginnt, das Gefüge der Sozialpolitik zu lockern. Statt eine Ueberwindung der sozialen Differenzierung zu

betreiben, zieht sie mit einer fast erschreckenden Systematik ihre Kreise zur Vertiefung und Verschärfung der sozialen Krise. Wenn schon die Notverordnungen Brüning's hart und sehr schwer zu tragen waren, die Notverordnung Papens ist einfach erbarmungslos. Die Fälle furchtbarer Härten, welche besonders bei den Industriearbeitern auf dem Lande zur Anwendung kommen, sind eine unerhörte Illustration zu dem „nationalen und sozialen Wollen“ dieser Regierung.

Die Regierung Papen gibt an, daß die Rechte des Individuums wieder stabilisiert werden müßten gegenüber dem Massenwollen im „Wohlfahrtsstaat“. Es hat eine Zeit gegeben — und sie ist noch nicht lange her —, in der man den Einzelnen als Träger der Gesellschaft betrachtete und den aus dieser Anschauung sich ergebenden Individualismus zur Grundlage der Sozialphilosophie und Sozialökonomie machte. Diese Anschauung hat zweifellos zivilisatorische Leistungen vollbringen lassen; aber sie war auch der dauernde Keil, der eine vollkommene Gemeinschaft auseinandertrieb. Aus dieser individualistischen Anschauung heraus wurde eine an sich große Leistung — die deutsche Sozialversicherung — geboren, aus einem Wohltatengefühl, nicht aus einem Rechtsempfinden.

Demgegenüber suchte im letzten Jahrzehnt das Gemeinschaftsdenken in Staat und Wirtschaft sich herauszuarbeiten, das dem Individuum, dem Einzelwesen, sein Recht und seine Stellung innerhalb des Gesamten anzuweisen und vom Gesamten aus die Interessen des Einzelnen zu beurteilen versuchte.

Zweifellos gab es hier noch viele Ueberschneidungen. Hier lagen Mögen und Wollen, Wollen und Können, Gedanke und Ausführung, Problem und Lösung noch manchmal weit auseinander. Wir fühlten aber, daß z. B. im neuen deutschen Arbeitsrecht etwas heranwuchs, das aus dem Bewußtwerden einer Wirtschaftsgemeinschaft entstanden war.

Wahre Sozialpolitik begann zu wachsen. Sozialpolitik ist das Streben, die besten Mittel aufzufinden und anzuwenden, um den Bedürfnissen der Gesellschaft, also der „ganzen“ Volksgemeinschaft, gerecht zu werden. Sozialpolitik kann demnach nicht einem Stande allein zukommen. Sie ist das Recht aller. Nun wird zweifellos der Schwächere andere und auch zahlreichere soziale Aufwendungen und Schutzmittel brauchen als der Starke und wirtschaftlich Gesessigte. Wir brauchen hier nicht erst zu erwähnen, daß die Schutzmittel für den Armen vom Staate erst dann ausreichender gegeben wurden, als die gewerkschaftliche Organisation ihre Kraft in die Waagschale warf.

Dieses alles, das mühsam werdende, das still wachsende, sah die Regierung Papen vor sich. Sie sah ein allmähliches, aber sicheres Hineinwachsen von großen Schichten in die staatliche Verantwortung und in eine nationale Bindung, Schichten, welche vor zehn Jahren noch in internationalem Ueberschwang machten wie die Sozialisten. Sie sah aus der furchtbaren Not der Tage und der Arbeitslosigkeit einen Geist erwachen, der die großen Gegensätze im Volke immerhin auszufüllen strebte.

Es wird keiner behaupten wollen, daß die Regierung Papen diesen Zug eines neuen Werdens erfaßte und zu fördern sich bemühte. Es genügt eben nicht, nur in Regierungsproklamationen sich mit einem sozialen Nimbus zu umgeben und in Wirklichkeit die Grundvoraussetzungen einer echten Sozialpolitik beiseite zu schieben.

Der Sinn der Politik dieser Regierung geht vom Allgemein-Vollkommen auf das Einseitig-Schichtenmäßige. Was überwunden schien, taucht in alter Pracht und Herrlichkeit wieder empor. Deutschland wird gleichgesetzt dem Großbürger, vor allem dem Großgrundbesitz. Auf die Befriedigung der sehr weit gespannten Forderungen dieser Schicht ist die deutsche Innenpolitik eingestellt worden. Diesen Forderungen wird das Lebensrecht der anderen Schichten, der Arbeiter, der Handwerker, der Angestellten, der Klein- und Mittelbauern, unterworfen.

So ergibt sich mit zwingender Logik daraus, daß die Regierung Papen willens zu sein scheint, die deutsche industrielle Stellung auf dem Weltmarkte zu schwächen, nur um die exorbitanten Forderungen der Großlandwirtschaft zu bewilligen. Daß 3,5 Millionen für den Auslandsmarkt arbeitende deutsche Menschen dadurch in die größte Gefahr der Beschäftigungslosigkeit geraten, scheint der Regierung Papen viel weniger bedenklich zu sein als etwa ein Tadel groß-agrarischer Kreise im Herrenklub.

Und so ergibt sich weiter, daß die Regierung Papen zu einer Lastenvergrößerung für die ärmeren Volksschichten greift, um den Gewinn des Großbürgertums zu mehren.

Es bedarf keiner weiteren Worte mehr, um von hier aus auch die Gefahr zu sehen, die dem Arbeitsrecht durch die gewünschte „Auflockerung“ droht. Brüning's Notverordnungen trugen trotz aller Schwere etwas Episodenhaftes an sich, die bei Besserung der Wirtschaftslage eine Regulierung erfahren sollten. Zu der Berechtigung der Annahme trug auch die Sicherung der Fundamente in Arbeitsrecht und Sozialversicherung bei. Es konnte auch gar nicht anders sein, weil Brüning vom Lebensinteresse Ganz-Deutschlands ausging. Die Notverordnungen der Regierung Papen jedoch scheinen erst Einleitungen zu Maßnahmen zu sein, um die Arbeiterschaft in Verhältnisse zurückzustößen, welche man in der Vorkriegszeit erlebt hat. Deshalb der Griff nach den Fundamenten der Sozialversicherung und des Arbeitsrechts. Wer eben nur eine großbürgerliche und keine nationale Politik betreibt, kommt zwangsläufig auf diese Bahn.

Eine Regierung, welche sich auch auf die Kräfte vor allem der christlichen Arbeiterschaft stützen will, muß die großbürgerliche Politik zu den Akten legen. Wir reden hier keiner Einseitigkeit das Wort. Auch das Großbürgertum hat seine Bedeutung und soll im Rahmen des Gesamten seinen Weg gehen. Aber es zum Exponenten einer sogenannten nationalen Politik machen, kann nur jemand, der Großbürgertum und Nation identifiziert. Um der Nation und der Zukunft des Volkes halber müssen die aufgeplusterten Rechte des Großbürgertums beschnitten und auf ein für die Nation tragbares Maß zurückgeschraubt werden.

Wir unterstützen jede Regierung, welche die Nation und nicht das Vorrecht einer Schicht an die Spitze ihres Wollens setzt. Jede Regierung, welche — um mit Herrn Schleicher zu reden — in veraltete Wirtschaftsformen und Besitzverhältnisse hineingreift, um der Gerechtigkeit und dem Leben des Gesamtvolkes eine freiere Bahn zu schaffen und welche die Rechte der Arbeiterschaft wahrht.

Ob das möglich ist ohne eine verstärkte Kraft der Gewerkschaften, kann jeder Kollege selbst beantworten. W.

Stimmen zur Generalversammlung

Die diesjährige Generalversammlung hat über wichtige verbandliche Angelegenheiten zu beraten; sie hat über die Zukunft und das Schicksal des Verbandes zu entscheiden. Es stehen verschiedene wichtige Satzungsänderungen zur Debatte. Vor allem werden sich die Delegierten mit der

Frage des Unterstützungswesens zu beschäftigen haben. Der Vorstand und Ausschuss haben seit der letzten Generalversammlung einschneidende Maßnahmen auf diesem Gebiete treffen müssen. Nachdem vorher bereits die Unterstützungen gekürzt wurden, sind ab 1. Juli die Erwerbslosenunterstützungen vorläufig außer Kraft gesetzt worden. Gleichzeitig wurden die Vollbeiträge gesenkt. — Die Generalversammlung

hat nun hierüber zu befinden, ob dieser Zustand beibehalten werden soll oder nicht. Deshalb scheint es zweckmäßig, kurz grundsätzlich zu dem gewerkschaftlichen Unterstützungswesen Stellung zu nehmen.

Zur Beurteilung dieser Frage muß von der Zweckbestimmung der gewerkschaftlichen Organisation ausgegangen werden. In den Verbandsstatuten ist der Zweck des Verbandes im § 2 wie folgt festgelegt: „Zweck des Verbandes ist die geistige und gewerbliche Ausbildung seiner Mitglieder sowie die Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf christlicher und geselliger Grundlage.“

Damit sind die Aufgaben des Verbandes klar umrissen. Die Unterstützungen sind Mittel zur Erreichung dieser vorbenannten Ziele, oder waren es einige Unterstützungen bis vor einiger Zeit.

Welchen Sinn haben denn überhaupt die gewerkschaftlichen Unterstützungen? Zunächst die Streik- und Maßregelungsunterstützungen. Nun, sie sind Unterstützungen, welche den Charakter des Verbandes widerspiegeln, sind solche Unterstützungen, die untrennbar mit den Aufgaben des Verbandes (Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder) verbunden sind. Anders ist es schon mit den anderen Unterstützungsarten.

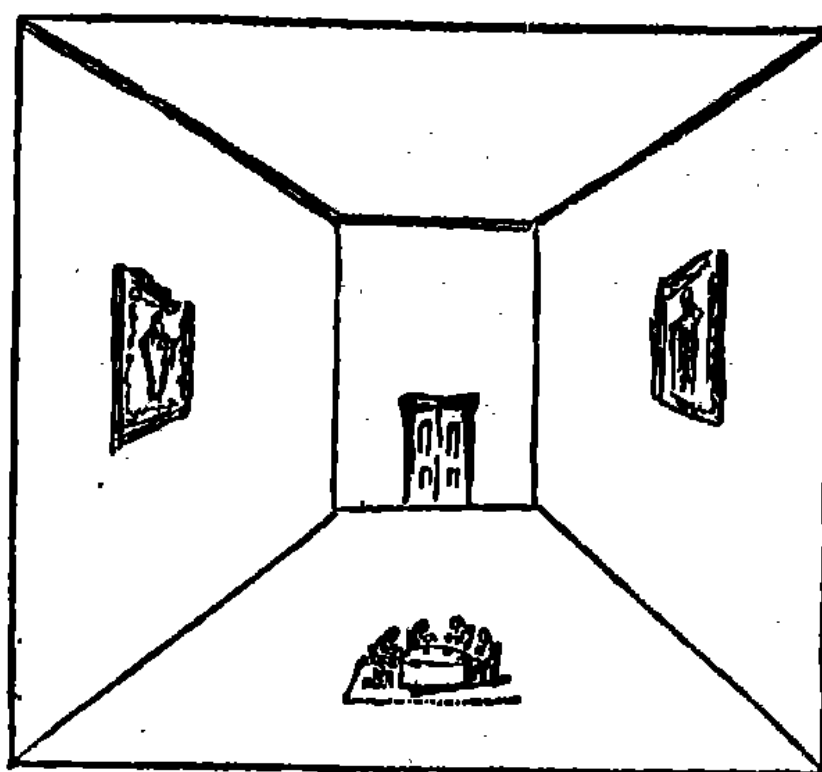
Die Erwerbslosenunterstützungen wurden von den Gewerkschaften zu einer Zeit eingeführt, wo staatliche Unterstützungen nicht gewährt wurden. Um nun zu verhüten, daß die Kollegen sich zu jedem Lohn anboten, wurde die Erwerbslosenunterstützung eingeführt. Dasselbe gilt auch für die Umzugs- und Wanderunterstützung.

Nachdem aber die Gründe, welche bei der Einführung dieser Unterstützung vorhanden waren, durch die staatlichen und behördlichen Einrichtungen entfallen sind, muß auch die Art der Unterstützungen fortfallen, um dadurch den Kampfcharakter des Verbandes wieder mehr zu betonen. Dabei braucht auf die besondere Lage, hervorgerufen durch die Wirtschaftskrise, nicht besonders hingewiesen zu werden.

Die Delegierten werden also zu prüfen haben, ob der Verband sich in Zukunft als Kampforganisation bewähren oder ob er Unterstützungseinrichtung sein soll. Es wäre deshalb richtig, die außer Kraft gesetzten Unterstützungen nicht wieder einzuführen, demgegenüber aber der Alters- und Invalidenunterstützung das größte Interesse der Delegierten entgegenzubringen. Diese auf der Saarbrücker Generalversammlung eingeführte Unterstützungsart ist unter allen Umständen aufrechtzuerhalten und die Unklarheiten und besonderen Härten, welche sich bei der Durchführung herausgestellt haben, zu beseitigen. Dabei wäre es grundfalsch, wenn sich die Delegierten bei der Beurteilung dieses Unterstützungszweiges nur von den augenblicklichen Verhältnissen leiten ließen. Bisher ist diese Unterstützung noch nicht voll in Wirksamkeit getreten, und in einigen Jahren wird eine bedeutend größere Anzahl von Mitgliedern in den Genuß kommen. Die Berechnung hierüber wird unser Verbandskassierer schon anstellen, und es ist immer besser, eine solche Unterstützung dauerhaft zu gestalten, als in falscher Sentimentalität die Gefahr eines baldigen Endes heraufzubeschwören. Die Dahergebliebenen erwarten von den Delegierten, daß sie das Vertrauen, welches durch die Wahl in sie gesetzt wurde, voll und ganz erfüllen.
Schneider, Essen.

II.

Unsere Generalversammlung wird sich neben internen Verbandsangelegenheiten auch mit Fragen der Sozialversicherung zu beschäftigen haben. Es kommt hier wohl in erster Linie die gegenwärtige Lage der Invalidenversicherung in Frage, deren Finanzlage äußerst ernst ist. Es geht nicht an, durch einseitige Herabsetzung der Renten die Finanzen der Invalidenversicherung in Ordnung zu bringen, sondern es ist notwendig, die Invalidenversicherung von Lasten und Leistungen zu befreien, die nicht ihre Ursachen in der wirtschaftlichen Berufsarbeit haben, sondern durch Krieg und Inflation verursacht sind. Diese Lasten zu tragen ist Sache der Allgemeinheit und nicht Aufgabe der Versicherten der Invalidenversicherung. Hierzu gehören in erster Linie die Renten der zahl-



**Noch immer
Terror über
Deutschland**

**Hst! Bitte hier leise
aufzutreten!
Die Herren erwägen
- sozusagen - Maß-
nahmen!**

reichen erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten, die Witwen- und Waisenrenten der im Kriege Gefallenen, Renten von Kleinrentnern, die durch Verlust ihres Vermögens genötigt wurden, eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufzunehmen und durch die kurze Wartezeit von 200 Wochen der Versicherung anheimfielen. Außerdem sind die umfangreichen Leistungen zur Wahrung und Zehung der Volksgesundheit Sache der Allgemeinheit und nicht Aufgabe der Invalidenversicherung.

Entgegen allen Erwartungen hat die Vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 der Invalidenversicherung eine weitere Belastung gebracht. Die Invalidenversicherung muß nunmehr bei Gewährung von Altersrenten für Angestellte den Grundbetrag der Rente zahlen, wenn der Angestellte nicht volle 15 Jahre Beiträge an die Angestelltenversicherung geleistet hat, früher aber bei der Invalidenversicherung versichert war. Bisher kam Zahlung des Grundbetrages nur in Betracht, wenn der Angestellte nicht volle 5 Jahre angestelltenversicherungspflichtig war. Die Invalidenversicherung muß also für den Beitragszahler, den sie an die Angestelltenversicherung abgeben mußte, Ansprüche erfüllen aus entwerteten Beiträgen der Vorinflationszeit.

Die gesetzliche Regelung über die Wanderversicherung, die der Invalidenversicherung im letzten Jahre 30 Millionen RM. an Steigerungsfähigkeiten für Angestelltenrenten gekostet hat, ist durch die letzte Notverordnung vom 14. Juni 1932 dahin geändert, daß in Zukunft Steigerungsbeträge aus der Invalidenversicherung zu Angestelltenrenten erst dann gezahlt werden, wenn die Leistungsvoraussetzungen der Invalidenversicherung erfüllt sind. Bei der engen Verbundenheit zwischen Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung liegt es im Interesse aller Versicherten, wenn beide Versicherungszweige zusammengelegt würden. Dann wäre der Protest der Angestellten gegen die Neuordnung der Wanderversicherung nicht mehr notwendig. Die Postgebühren, die früher vom Reich getragen wurden, müssen ab 1. August 1930 von der Invalidenversicherung bezahlt werden.

Die Invalidenversicherung trägt seit Krieg und Inflation eine Unsumme von Leistungen, die an sich von Reich, Ländern und Gemeinden zu übernehmen wären. Für all das hat die Invalidenversicherung Anspruch auf einen ausgleichenden Ersatz, zumal das Schicksal von 3 Millionen Rentenempfängern und die späteren Rechte von 18 Millionen Beitragszahlern von der Zukunftsgestaltung der Invalidenversicherung abhängen. Außerdem muß endlich einmal die Selbstverwaltung in der Invalidenversicherung so geregelt werden, wie es den gerechten Ansprüchen der Arbeiterschaft entspricht. Während man den Angestellten, deren Angestelltenversicherung erst 1913 ins Leben getreten ist, weitgehend die Selbstverwaltung zugebilligt hat, ist die Selbstverwaltung der Versicherten in der Invalidenversicherung über die ersten Anfänge nicht hinausgekommen. Es ist also nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn man der Arbeiterschaft nicht vorenthält, was man anderen Berufskreisen längst gewährt hat. Die Generalversammlung wird auch nach dieser Seite hin Anträge an die Regierung zu stellen haben.
Hartig.

Werkwohnungen und Mietverhältnisse



Das Land zwischen Lippe und Ruhr erlebte in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts einen ungeahnten Aufstieg. Gewaltig war der Zufluß der Arbeitermassen. Zunächst aus den näher gelegenen Gebieten Rheinlands und Westfalens, später auch aus dem Osten des Reiches. Für diese Menschen mußte Wohngelegenheit geschaffen werden. Behelfsmäßig wurden von der Industrie in aller Eile sogenannte Kolonien gebaut. Vielfach Fachwerkhäuser, nicht unterkellert, ohne Flur, recht enge Zimmer. Sie sind noch heute Zeugen der wenig auf Hygiene und Wohnlichkeit Rücksicht nehmenden Bauweise am Schluß des 19. Jahrhunderts. Arbeiten, Geldverdienen war ja das Ziel und das Gebot des wirtschaftlichen Liberalismus. Wie die Menschen lebten und wohnten, ob gesund oder nicht, war im Augenblick nicht die Sorge — einzelne ausgenommen — der Unternehmer. Der Osten und das übrige landwirtschaftliche Gebiet lieferten immer noch kräftige und gesunde Menschen. Später wurden die Häuser besser. An Stelle des Fachwerkes wurde massiv gebaut. Auch wurden Wohnung, Stall und Abort nicht unter einem Dach eingerichtet, sondern räumlich getrennt. Es setzte auch die private Bautätigkeit ein. Bodenpreise, durch die Spekulation oft zu wahnsinniger Höhe getrieben, ließen die „berühmten“ Mietkasernen entstehen, die bis zu 20 Familien Wohnung boten. Im 20. Jahrhundert, besonders kurz vor Ausbruch des Weltkrieges, setzte dann die Bewegung der genossenschaftlichen Bautätigkeit ein. Baugenossenschaften bauten für ihre Mitglieder Wohnhäuser mit dem Ziel, ihnen eine gute Wohnung respektive ein Eigenheim zu schaffen. Zu diesem Zweck wurde auch von der Sozialversicherung Geld zu verbilligtem Zinsfuß gegeben. Diese Gelegenheit wurde auch von der Industrie benützt. Ein paar abkommandierte Arbeiter gründeten eine Baugenossenschaft — den Anteil zahlte die Firma —, und die Baugenossenschaft trat in Tätigkeit. Die Industrie, die im allgemeinen 20 und mehr Jahre keine Kolonien mehr gebaut hatte — nur dort, wo der Anschluß von Industrie in un bebauten Gebieten zum Bauen zwang, um die Arbeiter unterbringen zu können —, brachte es fertig, über diesen billigen Weg zu neuen Kolonien zu kommen. Denn gar bald

„verkaufte“ die Baugenossenschaft die Häuser an die Industrie und löste sich in Wohlgefallen auf.

Die Mieten in den Werkwohnungen waren den Verhältnissen nach angemessen. Bei Ausbruch des Krieges wurde die am 1. Juli 1914 geltende Miete als Höchstmiete festgesetzt. Sie gilt auch heute noch, abgesehen von Ausnahmefällen, allgemein. Nicht aber bei Werkwohnungen. Der Abschluß der Tarifverträge war der Vorwand, die bestehenden Mieten als Wohlfahrtsmieten zu stempeln. Eine Verordnung gab den Werken die Möglichkeit, die Mieten zu erhöhen. Hiervon wurde in der ausgiebigsten Weise Gebrauch gemacht. Ziel diese Erhöhung auch zum Teil wenig ins Gewicht, betrug doch die Miete 40 bis 50%, je nach den Orten, so brachte doch die Steigerung auf 125 und mehr Prozent eine Belastung der Arbeiterschaft von gewaltigem Ausmaß. Alle Versuche, die von den einzelnen Betriebs- und Arbeiterräten gemacht wurden, eine Herabsetzung der Mieten zu erzielen, besonders nach den gewaltigen Abzügen des vergangenen Jahres, scheiterten an der „Armut“ der Industrie. Die Werkwohnungen bringen ihre Unkosten nicht auf! Mit dieser Ausrede wurde nach monatelangem Prüfen die Sache abgetan. Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit?

Bei den Kollisionen der Nachkriegszeit wurden die Werkwohnungen ebenso wie die einzelnen Industrieanlagen in die Konzerne eingebracht. Ihr Wert wurde festgesetzt. Nicht etwa der Wert, der sich aus Anlagekapital minus ordnungsmäßiger Abschreibung ergeben hätte. Nein, es wurde geschätzt, und gut geschätzt, denn es mußten doch, um viele Aktien des Konzerns zu bekommen, viele Werte eingebracht werden. Mehr noch: während der Inflation, als man sich an Zahlen berauschte, kaufte die Industrie alles, was nur an Privathäusern zu kaufen war. Oft mit dem Gelde, das man in der eigenen Druckerei hergestellt hatte. Zu höchsten Preisen wurden auch diese Häuser in das Konto Werkwohnungen eingeseht. Von diesem durch die Konzerne gewaltig geschwellenem Konto aus gesehen, mögen die Ausreden der Werke stimmen. Sie stimmen aber niemals, wenn man tatsächliches Anlagekapital plus Unkosten in Rechnung stellt. Die Unkosten



Theodor Mügge

XXXV.

„Dann wollen wir Sie nicht fortlassen“, fiel der Doktor ein.

„Sachte!“ winkte Hieronymus, „man muß nichts übereilen. Die Geschäfte würden Sie uns nehmen. Menzingen und das Volk helfen ihnen dazu und zu noch anderen Dingen. Käme der Truchseß nicht, Reinhold, was würde dann aus uns? Also sprich du dafür: dagegen zeige Menzingen, was ihm die Bruderschaft nützen würde, wenn Florian Geyer den großen Kienhard mit seinen Bauernjahren nach Rothenburg legte und die Bauernräte auf dem Rathaus läßen. Salte ihn davon ab, stelle dich zu ihm als Freund und Schwager; ich will Auslohe meine Liebe bezeigen.“

Nach einer halben Stunde hatte er Reinhold überzeugt, daß es notwendig sei, Menzingen von Florian zu trennen, damit der Junker selbst den Eintritt in die Bruderschaft hintertriebe, und gab ihm mancherlei Lehren auf den Weg, wie er ihn zu gewinnen und zu schrecken hätte. Darauf schickte er ihn in Menzingens Haus, und der Doktor fand den Junker eben bereit, sich in den Ausschuß zu begeben. Der Markt war voll Bürger, die schon wußten, warum die Hauptleute von Würzburg gekommen; die Nachrichten, welche sie mitgebracht, hatten die meisten heftig aufgeregt. Daß so viele Rothenburger ihren Tod bei dem unglücklichen Sturm gefunden, erbitterte die Menge. Sie schrien wild über den Rat, der jetzt den Eintritt in die Bruderschaft nicht mehr hindern,

Kanonen und Mannschaft hergeben solle, und Menzingen schaute auf dies Gewühl, indem er nachdenkend neben seiner Gattin stand.

„Das ist ein entscheidender Schritt“, sagte er, „es werden sich viele Bedenken dagegen erheben. Wenn Rothenburg eine Bauernstadt werden sollte, muß ich dich verlassen, teure Anna, mich zu dem Heere nach Würzburg begeben, teil an den Ereignissen nehmen, in den Rat und in die Hauptmannschaft treten und kann nicht länger mich davon zurückhalten, einer der Leiter und Führer zu sein.“

„So sei es mit Gott, Stephan!“ erwiderte die stolze Frau, „ich will dich freudig ziehen lassen. Wo Graf Wertheim und mancher Edle steht, da stehe du auch. Sei mit Rat und Tat bei den ersten und hilf zu deinem Werke als ein tapferer Mann. Mache ein Ende mit dem halben Wesen, das nun hier seit Monaten getrieben wird. Es soll nicht heißen: er war ein zaghafter Freund der Sache, die er ergriffen, und seine Klugheit half sie und sich verderben.“

„Das soll niemals von mir gesagt werden, Anna!“ rief Menzingen erschüttert.

Und als er sie umarmte, trat Reinhold mit dem Doktor Karlstadt ein, der sogleich bewies, daß er seine Meinungen nicht geändert hatte. „Was ist das für ein tolles Gebaren!“ schrie er, „seht da die Folgen der greulichen Undernunft. Den Frauenberg haben sie stürmen wollen, um mit blutigen Schwertern und Spießsen den Geist Gottes dafür einzusehen. Derselbe grausame und schreckliche Geist der Lüge trieb den Grafen Friedrich, die Verwundeten und Hilflosen in den Fessengräben verschmachten und verbluten zu lassen. Und diesen entsehligen, höllischen Geist willst du unterstützen, Bruder Menzingen? Dazu kommt Florian Geyer hierher, neue Schlachtopfer zu fordern? Ihr sollt ihm keinen Mann und keine Kugel geben. Sorgt für den Frieden, nicht für Blut.“

„Lieber, frommer und gelehrter Freund“, antwortete Menzingen, „wie soll die Wahrheit zum Siege gelangen, wenn wir deren Feinde nicht dahin bringen, sie zu achten und zu ehren?“

„Der Wahrheit wollt ihr helfen mit Stechen und Säuen!“ eiferte Karlstadt. „Ja, das ist der Fluch, der auf uns liegt und so vieles Weh über die Menschheit gebracht hat. Die Wahrheit ist Gott, wer kann Gott helfen! Aber das ist Thomas Münzers greuliche Lehre, daß Gottes

für Altbesitz bestehen auf steuerlichem Gebiete zum großen Teil in der Hauszinssteuer. 48% der Miete werden von dieser Steuer aufgezehrt. Bei Werkwohnungen betragen die Unkosten in den meisten Fällen nicht einmal 10%. Die Not der Arbeiterschaft rechtfertigt nicht länger diesen Zustand. Sie kann und muß verlangen, daß die Einrichtungen, die sie selbst mitgeholfen hat zu schaffen, sei es durch den

Gewinn aus ihrem Arbeitsfleiß, sei es durch die Gelder der Sozialversicherung, nicht zur ungerechtfertigten Bereicherung der Unternehmer führt. Es ist daher kein unbilliges Verlangen, die Verordnung über die „Wohlfahrtsmieten“ wieder aufzuheben und für Werkwohnungen die Friedensmiete, d. h. die tatsächlich am 1. Juli 1914 gezahlte Miete wieder einzuführen.
Esrev.

Mieter und Hauszinssteuer



Die bisherige Regelung der Stundung und Niederschlagung der Hauszinssteuer war keine Ideal-Lösung. Wenn z. B. ein Ehepaar oder eine alleinstehende Person bei einem Monatseinkommen bis zu 100 RM hauszinssteuerfrei war, ein Ehepaar mit drei Kindern aber nur mit einem Einkommen bis zu 125 RM, dann war das wenig sozial. Eine sozialere Staffelung wäre sehr gut denkbar gewesen.

Die letzte Notverordnung der preussischen Regierung hat die Niederschlagung der Hauszinssteuer für den Mieter aufgehoben. Wer glaubt, nicht in der Lage zu sein, seine volle Miete zahlen zu können, kann bei der Fürsorge beantragen, daß sie die Zahlung der Hauszinssteuer oder eines Teiles übernimmt. Wie arm man sein muß, um dieses zu erreichen, dazu diene folgende Aufstellung über die diesbezüglichen Richtsätze der Stadt Gelsenkirchen:

Ehepaar ohne Kind	71,— RM	Einkommen
„ mit 1 „	84,— „	„
„ „ 2 Kindern	97,— „	„
„ „ 3 „	110,— „	„
„ „ 4 „	123,— „	„
„ „ 5 „	132,— „	„
„ „ 6 „	135,50 „	„
„ „ 7 „	139,— „	„

Diese Beträge reichen kaum, um das Existenzminimum zu sichern. Es ist deshalb ein Behördengeheimnis, wie die von der Not der Zeit am härtesten Betroffenen die volle Miete zahlen können.

Es ist bekannt, daß ein Teil der Hauszinssteuer dazu benutzt wird, um die Beamtengehälter zu zahlen. Wenn nun in Deutschland rund 350 000 Beamte ein Gehalt von 3000

bis 12 000 RM beziehen, kann man meines Erachtens die Auffassung vertreten, daß der durch die preussische Notverordnung hereingebrachte Betrag auch hätte aufgebracht werden können, ohne die Mieter, wie es geschehen ist, erneut zu belasten.

Die Richtlinien, die man erlassen hat zur Niederschlagung der Hauszinssteuer für den Fall, daß dem Hausbesitzer die Beitreibung der Hauszinssteuer von den Mietern unmöglich ist, sind unhaltbar. Sie lauten u. a.: „In den Fällen, in denen es dem Hausbesitzer unmöglich ist, mit Hilfe des Gerichtsvollziehers seine volle Miete zu erhalten, wird die Hauszinssteuer, ebenso die Staats- und Städtische Gebäudesteuer, anteilmäßig erlassen.“ Wer es also versteht oder verstanden hat, sich „preussisch“ einzurichten, braucht nicht zu zahlen. Wer aber noch irgendein überflüssiges Möbelstück besitzt, der ist noch pfändbar, muß also zahlen. Der preussische Staatskommissar ist am reformieren. Eine schnelle Reform dieser Zustände ist dringend erforderlich.

V., Gelsenkirchen.

Metallarbeiterjugend heraus!

Auf zum Aufmarsch und zur Kundgebung der christlichen Gewerkschaftsjugend anläßlich der Eröffnung des 13. Kongresses der christlichen Gewerkschaften am

Sonntag, dem 18. September 1932
in Düsseldorf.

Feinde, die des Volkes Feinde sind, zerhauen und zerstampft werden müssen, und darum sieht er jetzt in Mühlhausen mit seinem Schlachthausen und will alle Fürsten verschlingen. Ich aber sage euch, ihr sollt nicht nach Würzburg zu Mord und Totschlag ziehen, zu dem wüsten, verwilderten Volke, das dort in allen Lastern und Sünden verhärtet, sondern ihr sollt in Rothenburg bleiben, arbeitsam, fromm und demütig, und für die rechte Wahrheit mutig und getreu.“

„Ich fürchte, teurer Freund“, antwortete Menzingen, „daß du mit deinen vortrefflichen Lehren weder in Rothenburg, noch in Würzburg Befall finden wirst.“

„Ich will hin zu ihnen!“ rief Karlstadt, „und mich nicht schrecken lassen. Will schreien, daß ihnen die Ohren gellen: Laßt ab von eurem Wüten und Toben und dienet dem Teufel nicht mit Rache und Brand, sondern Gott mit der Wahrheit, Kraft und Macht, so wird diese euch besser schirmen und helfen als alle eure Schwerter und Hauptleute.“

Menzingen mochte nichts weiter hören, er wandte sich an Reinhold, „Florian wird mit mir in den Ausschuß gehen“, sagte er, „und wenige Stimmen dort finden, die sich den Forderungen des Rates zu Würzburg widersetzen.“

„Das hoffe ich nicht“, antwortete Reinhold, „sondern meine, viele und du selbst müßtest dagegen sein.“

„Bist du von dem Doktor Karlstadt bekehrt worden?“ fragte Menzingen lächelnd.

„Wahrheit und Vernunft“, schrie Karlstadt, „sind die einzigen guten Leuchten!“

„Und Wahrheit ist es“, fuhr Reinhold fort, „daß wir die Stadt jetzt am wenigsten einem solchen Bündnisse preisgeben dürfen; Vernunft ist es, wenn wir sie vor den Schicksalen zu behüten suchen, die sich um uns aufstürmen. Gib ihnen die Geschütze und Knechte“, sagte Reinhold, „aber bewahre dein Ansehen in Rothenburg. Man weiß nicht“, flüsterte er, „was geschehen kann. Wenn die Fürsten fliehen, werden sie gnadenlos gegen jeden sein, der die Bruderschaft wählte, wo er es vermeiden konnte.“

Er sah dabei den Junker bedeutsam an, und dieser veränderte die Farbe. Reinhold mußte von den heimlichen Verhandlungen wissen, die

er fortgesetzt mit dem Markgrafen getrieben, und noch ehe er seine Verstärkung darüber verbergen konnte, trat Florian ein, den der Altbürgermeister begleitete.

„Wir müssen zur Einigkeit gelangen“, rief Florian, „es ist die letzte Stunde. Pflanzt einen Galgen auf den Markt und hängt jeden Verräter daran, möchte es auch der vornehmste Rat sein.“

Seine Blicke fielen auf Reinhold, der beleidigt sagte: „Mit Wüten richtet man jederzeit weniger aus als mit verständigem Tun.“

„Meinst du, spitze Worte und glatte Reden machen den Verstand?“ antwortete Florian. „Entweder wir hängen unsere Feinde oder wir werden gehangen; die schleichenden und heimlichen sind aber ärger, als die offen gegen uns stehen.“

Der Doktor richtete sich stolz in die Höhe. „Wer gutes Wort achtet, hat es noch nie bereut, wer es verachtet, muß den Schaden tragen. Auch meine Ehre ist Mannes Ehre, und mein Mut Mannes Mut, das denke ich vor aller Welt zu beweisen.“

So verließ er das Zimmer, und Karlstadt folgte ihm trotzig nach. Florian sagte grollend: „Eine Elster schwatzt wie die andere, sagt sie fort, damit sie kein Nest bauen.“

* * *

Drei Tage darauf zog Florian Geyer mit den beiden prächtigen Geschützen, mit Pulverkarren und Geschützmeistern aus Rothenburg, und sechshundert tapfere Männer in Harnisch und Wehr geleiteten den Zug nach Würzburg. Hatte er auch nicht alles erreicht, was er wollte, so war doch das meiste erfüllt worden. Die Reichsstadt hatte den Vertrag angenommen und beschworen. Menzingen feierlich gelobt, nach Würzburg zu kommen, sobald er es vermöchte, und Florian elste jetzt mit diesen guten Nachrichten dorthin um den Mut anzufachen und den Rat und die Hauptleute zu entschlossenen Schritten anzutreiben.

Sobald er in die Nähe der Stadt gelangte sah er, daß sich nichts geändert hatte. Die bischöfliche Fahne wehte vom Turm, und auf allen Wegen trieben sich müßige Bauern umher. Die Lager sahen unordentlich und wüst aus, trunkene, lärmende Hausen lagen vor den Hütten. Geschrei und freches Toben empfing den heimkehrenden Hauptmann der schwarzen Schar. In der Stadt aber war es nicht besser; alle Wein-

Verbandsgebiet

Fritz Kieseheuer 65 Jahre alt

Am 18. August ds. Js. vollendete unser Verbandsjubililar, der alte treue Kollege, Fritz Kieseheuer (Rehlem), sein 65. Lebensjahr. Der Name Kieseheuer ist mit der Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung und insbesondere mit der unseres Verbandes im Sauerland eng verwachsen. Kollege Kieseheuer war es, der mit wenigen Gleichgesinnten bereits im Jahre 1899 zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Metallarbeiter im Sauerland den „Sauerländischen Gewerksverein“ ins Leben rief, der sich dann im Jahre 1907 dem Christlichen Metallarbeiterverband anschloß.



Kieseheuer hat in all den Jahren stets die Fahne des Verbandes, oftmals unter den größten persönlichen Opfern bei einer 12köpfigen Familie, hochgehalten. Er war es, der in den Gründerjahren und auch später Tag für Tag, oft bis in die Nacht hinein, für die Ausbreitung des Verbandes gekämpft und gestritten hat. Er kann ein Lied singen von all den Schikanen amtlicher Art und sonstiger interessanter Kreise gegen das Aufkommen der christlichen Gewerkschaften. Es gibt kaum einen älteren Kollegen in den christlichen Gewerkschaften, der nicht den Kollegen Fritz Kieseheuer aus Konferenzen, Generalversammlungen oder Kongressen früherer Jahre kennt. Seine Verbandstreue ist vorbildlich. Er ist bis auf den heutigen Tag noch als Einlasser der Ortsverwaltung Rehlem tätig. Wenn sich in den letzten Jahren auf

Tagungen und Konferenzen der Verwaltung mal hier und da bei den Teilnehmern Kleinmut und Verzagttheit ob der vorhandenen Schwierigkeiten einstellte, dann war es stets Fritz Kieseheuer, der immer auf den Mut der Alten und die frühere weit schwerere Zeit für die Arbeiterschaft und Bewegung hinwies. Er kennt keinen Kleinmut und keine Miesepetrigkeit. Sein begeisterndes Wort und seine Schilderung aus früherer Zeit läßt die Jüngeren immer wieder den Kopf hochhalten und frohgemut in die Zukunft blicken. Möge es diesem alten verdienten Verbandsjubililar vergönnt sein, noch recht lange Jahre in Gesundheit und Frische im Kreise recht vieler Mitarbeiter für den Christlichen Metallarbeiterverband wie bisher wirken zu können.

Kl.

Scherleben berichtet

Die hiesigen Versammlungen erfreuen sich immer eines guten Besuches. Es wird auch hinreichend Sorge getragen, diese interessant und abwechslungsreich zu gestalten. Am letzten Sonnabend waren wieder ein-

mal die Mitglieder mit ihren Frauen eingeladen. Daß sich eine Musikkapelle gratis zur Verfügung gestellt hatte, ist ein besonderes Verdienst des Vorstandes. Sie trug zur Gemütlichkeit des Familienabends eifrig bei. Kollege Arand gab zu Beginn eine kurze Uebersicht der stattgefundenen Reichstagswahl. Er betonte besonders, daß nicht alles Heil der Arbeiterschaft vom Stimmzettel zu erwarten sei. Die gewerkschaftliche Selbsthilfe wirkt entscheidender als alle politische Macht der radikalen Parteien.

Der erste Vorsitzende der Verwaltung, Schrambe, hielt einen Vortrag über das „Steinkohlengas“. Wenn man allgemein behauptet, Vorträge dürften nicht so lang sein, so konnte man an diesem Abend eine Bestätigung dafür finden, daß sie nur aktuell und gut ausgearbeitet sein müssen. Es war für alle Anwesende so interessant, daß mit der größten Aufmerksamkeit den Ausführungen gefolgt wurde. Mit reichem Beifall dankten alle. Nach einer kurzen Diskussion schloß sich ein humorvoller Teil an. Die lustigsten Geschichten brachten die Lachmuskeln aus der normalen Lage. Wenn Lachen gesund ist, dann zeigte dieser Abend frohe und gesunde Menschen, die einmal für ein paar Stunden die Mühen und Sorgen des Tages vergaßen. Erwähnte Agitationsmöglichkeiten werden sehr Früchte tragen.

A.

Dessau meldet

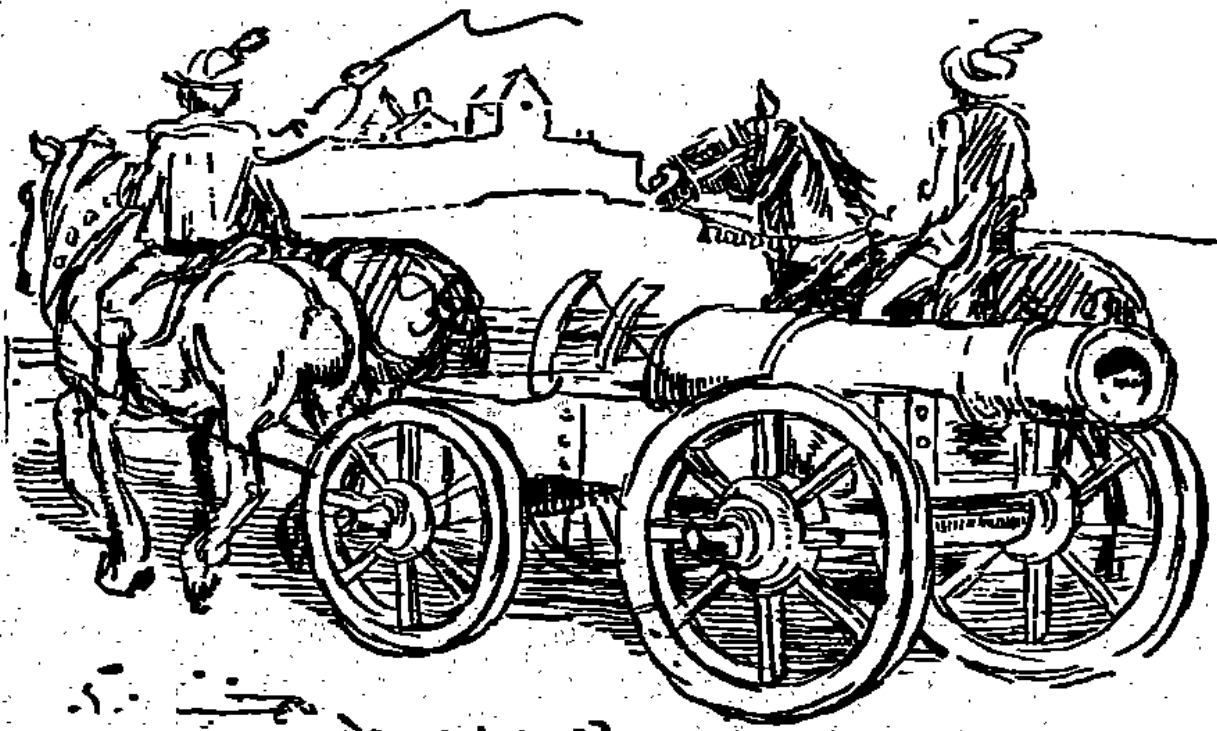
Unsere letzte Mitgliederversammlung im Evangelischen Jugendheim erfreute sich eines guten Besuches. Der Kollege Arand behandelte in seinem Vortrag das Thema „Wohin geht der Weg der Arbeiterschaft?“ Die auf den reichhaltigen Vortrag folgende Aussprache zeigte deutlich, wie nötig es ist, daß die Mitglieder die Monatsversammlungen regelmäßig besuchen müssen, um sich Aufklärung über die tatsächliche Lage zu holen. — Der Kollege Schaf berichtete über den Stand des freiwilligen Arbeitsdienstes und daß in Dessau eine Kompanie (55 Mann) von Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften für den freiwilligen Arbeitsdienst gestellt würde. Unser Verband hätte 15 Mann zu stellen. Verschiedene Fragen hierzu wurden noch in der weiteren Aussprache geklärt. Die Aussprache war sehr reger. Sie zeigte das energische Wollen der Kollegen, auch in Dessau vorwärtszukommen.

J. Eikel.

Selbst die heißesten Tage

dürfen kein Erlahmen der Werbearbeit bringen

Die Flut der sozialen Reaktion droht



schenken saßen voll. Vor einem dieser Wirtshäuser saßen unter der Laube Hans Bermeter mit einer Anzahl lustiger Künstler und Genossen, die gleich mit frohem Zuruf Florian entgegen sprangen, nach dem besten Wein schrien und ihn an ihren Tisch haben wollten.

„Herzlich, daß du kommst, lieber Bruder Florian!“ schrie Hans Bermeter, „setz dich zu den Feiglingen an den Hals gehen. Hüte dich vor dem Götz Berlichingen, der hält es heimlich mit dem Adel und unterhandelt mit denen auf dem Frauenberg.“

„Welche Beweise hast du zu einer so schändlichen Anklage?“ fragte Florian.

Bermeter geriet in Verlegenheit. „Ei“, sagte er, „es soll sogar im Bauernrate ihm vorgeworfen worden sein, und unsere Ehrbarkeit hat nicht umsonst so zärtliche Zuneigung für ihn, daß sie bei ihm um jeden Spaß und Spott Beistand sucht.“

Auf näheres Befragen erfuhr Florian, daß die Ratsherren von betrunkenen Bauern und dem niederen Volk viel Ungebühr zu leiden hätten

und daß Ausläufe und Beschimpfungen derartig überhand genommen, daß der Rat in Angst und Schrecken lebe. Es ließ sich auch wohl erkennen, daß Hans Bermeter und seine Freunde zu den Anstiftern gehörten.

„Wir wollen jetzt die Stadt regieren“, lachte er, „und dazu mußt du uns helfen, Bruder Florian. Sobald ich Bürgermeister bin, sollen alle bischöflich Gesinnten ihren Wein den durstigen evangelischen Kriegern ausliefern, dafür aber graben und hacken, bis der Frauenberg einstürzt.“

Seine Genossen lachten, aber für Florian war die Zeit dieser Scherze vorbei. Er eilte, sobald er konnte, um seinen Freund Georg und die geliebte Christine aufzujuchen. Immer wieder mußte er seinen starken Willen anrufen, um die düsteren Schatten zu bewältigen, welche sich in seine Seele schlichen. Graf Wertheim hatte sich eine Wohnung gewählt, die mit einem schönen Garten an den Main stieß, und er fand den Freund bei seiner jungen Hausfrau, wie sie Hand in Hand an dem schattigen Fenster saßen und auf den strömenden Fluß und den sommerwarmen, heiteren Tag hinausschauten.

Als er eintrat, kamen sie ihm beide entgegen und empfingen ihn mit Herzlichkeit. Gertrude mit ihrer immer gleichen, schönen Ruhe, Georg mit der freundlichen Gelassenheit, welche das kennzeichnende Eigentum geistiger Durchbildung ist. Dennoch aber war sein Lächeln so trübe, und in seinem Anblick sah Florian so viel Belästendes, daß er mit einer Unglücksahnung zunächst nach Christinen fragte.

„Du kannst ruhig sein“, sagte Georg, „sie wird im Garten sitzen und die Blumen fragen, wann sie dich wiedersehen wird. Es ist ein Trost, teurer Florian, wenigstens noch ein Wesen zu haben, das mit freudiger Zuversicht in die Zukunft blickt.“

„Oho!“ rief Florian, „wir wollen uns nicht schrecken lassen. In wenigen Tagen wird der Frauenberg unser sein. Ich bringe die beiden Mauerbrecher aus Rothenburg. Heute noch werden sie eintreffen und wenn die Sonne aufgeht dem Grafen und den Domherren ihren ersten Morgengruß singen.“

Er erzählte, was in der Reichsstadt geschehen sei und wußte den abgeschlossenen Vertrag im schönsten Lichte darzustellen.

(Fortsetzung auf Seite 491.)

Wirtschaft-Technik

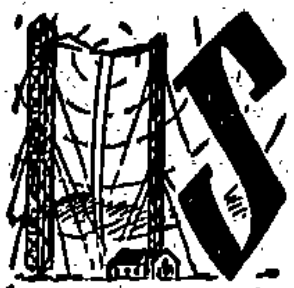
Nummer 8

Duisburg, den 27. August 1932

Nummer 8

Aus der Schwarzwälder Uhrenindustrie

III.



Sollte das neue Erzeugnis jemals berufen sein, der Schweizer Uhr erfolgreich standzuhalten, so mußte es in einer Weise hergestellt werden, die den auf Massenfabrikation geschulten Junghans-Betrieben besonders eigen war. Wohl mußten noch lange Zeit viele wichtige Bestandteile aus der Schweiz bezogen werden, zunächst sogar auch die Triebe, dann aber die Steine, Zifferblätter, Zeiger, Unruhen, Federn, Schrauben, Spiralfeder und Gehäuse. Schritt für Schritt setzte sich aber die Schwarzwälder Technik durch und eroberte ein Gebiet nach dem anderen.

Sollte eine eigentliche Massenfabrikation möglich werden, so mußte es gelingen, die Montage-Arbeiten in zweckmäßiger Weise auszuführen, als dies in der Schweiz bisher möglich war. Die Lehrenhaftigkeit und unbedingte Austauschbarkeit der Einzelteile mußte einen weit höheren Grad erreichen, als es dort üblich war.

Wie sollte das gelingen, ehe man nicht die wichtigen Bestandteile, die Triebe, selbst herstellte? Zielbewußt wurde deshalb dieses Arbeitsgebiet in Angriff genommen, ursprünglich mit Schweizer Triebdreh-Maschinen, dann erfuhren diese im eigenen Betrieb wichtige Verbesserungen. Heute laufen in der Taschenuhrenfabrik an die Duzende selbstgebauter Maschinen, die sich in vieler Hinsicht über die Erzeugnisse der Schweizer Spezialmaschinenfabriken erheben haben.

Noch mehr trug dazu die selbständige Entwicklung der Steinschneidmaschinen bei. Schon 1908 fabrizierte die Firma nach einem Verfahren, das besondere Präzision mit hoher Leistungsfähigkeit vereinigte. In den letzten Jahren erfuhren die Maschinen eine Neukonstruktion, die abermals eine erhebliche Verbesserung brachte.

Was nun die Montage betrifft, so liegt der grundlegende Unterschied in den Verhältnissen der beiderseitigen Industrie tief begründet. Eine jahrzehntelange Entwicklung in der Schweiz hat die Spezialisten auf dem Gebiete des Zusammenbauens weit differenziert. Die Bestandteile der Junghans-Taschenuhren waren so gebaut, daß der Montage-Rollerstuhl aus den Montageräumen verbannt blieb. Mit fertigpolierten Zapfen, nach Gestellweiten sortiert, gelangten die Räder in die Montage-Abteilung und konnten von ungeschulten Arbeitern in das Werk eingesetzt werden. Die Unterteilung der Arbeitsarten war eine viel weitgehendere, als es in der Schweiz seither möglich gewesen war. Nach jedem Arbeitsgang durchläuft das Werk die Kontrolle eines Vorarbeiters, und so wandern die Werke in ihren Halbdugend-Kartons von Hand zu Hand.

Das Prüfen der Maßhaltigkeit durch eine weitgehende Anwendung des Minimometers, der eine Ableseung von 0,001 oder 0,002 Millimeter gestattet, sorgt dafür, daß die Zapfen- und Räderdurchmesser keiner Nacharbeit bedürfen. Besondere Meßvorrichtungen erleichtern das Gangmachen zu einer Zeit, als die Schweiz größtenteils noch nicht an die heute so viel gerühmte absolute Austauschbarkeit der Gangteile dachte. Die Übertragung des im Großuhrenbau erwähnten Verfahrens, die Unruhe mit ihren Spiralen auf eine bestimmte Zahl von Schwingungen automatisch abzuwiegen, wurde schon in den ersten Jahren der Fabrikation ausprobiert und ließ die Grenzen erkennen, wo bei Taschenuhren die Mechanisierung früher aufhört als bei Großuhren. Seitdem hat sich die Meßtechnik weiter vervollkommen. Eine optische Prüfung der Zahnformen, die nicht nur bei der alten Fabrikation der Zahnfräser, sondern auch bei der Prüfung der fertigen Triebe und Räder eine große Rolle spielt, wurde schon frühzeitig in Zusammenarbeit mit der hochwertigen optischen Industrie Deutsch-

lands aufgebaut. Die Meßmaschinen, die in den letzten Jahren der Schweizer Industrie wichtige Dienste geleistet hatten, fanden auch in der Junghans-Fabrik ihren Eingang und gewährten einen immer klaren Einblick in die Eingriffsverhältnisse der Laufwerke und Gangpartien, während gleichzeitig die Fortschritte der Stanztechnik große Vorteile im Zusammenbau des Gestells ermöglichten.

Nicht unerwähnt bleiben sollen auch die bei Junghans selbständig entwickelten Verfahren zum Steinsägen und zum Eindrücken von Steinen, die beide durch Patente geschützt wurden, und die beachtenswerte Tatsache, daß in der Herstellung der Paletten, der Ellipsen sowohl wie der Lochsteine Junghans mit der Entwicklung in der Schweiz erfolgreich Schritt hielt.

Innerhalb des Zeitraumes von kaum mehr als 20 Jahren ist es gelungen, Taschenuhrwerke zu schaffen, die durch ihren sorgfältigen gewissenhaften Zusammenbau die unbedingte Anerkennung seitens aller fachkundigen Uhrmacher gefunden haben, und von denen man wohl sagen darf, daß sie berufen sind, die Voreingenommenheit, die in den Kreisen der Käufer noch heute bedingungslos für die Schweizer Uhr spricht, als gegenstandslos zum Verschwinden zu bringen und damit der deutschen Volkswirtschaft jährlich etwa 25 Millionen zu erhalten, die heute noch über die Schweizer Grenze hinauswandern.

Inzwischen war im Jahre 1900 die Verschmelzung mit der Firma Thomas Haller erfolgt, und im Jahre 1904 belief sich die Jahresproduktion des Unternehmens auf 4 200 000 Uhren, das heißt 14 000 Stück pro Arbeitstag. Der Betrag an jährlichen Löhnen überstieg 3 Millionen Mark wesentlich. Die Arbeiterzahl betrug 4920 bei 255 Beamten. Die Zahl der Arbeitsmaschinen war auf rund 4500 gestiegen. Zudem umfassen allein die Schramberger Werke einen Komplex von 69 Gebäuden mit rund 7000 Spezialmaschinen.

Ende des Jahres 1927 kam es zu einem bedeutungsvollen Zusammenschluß. Unter Führung von Junghans vereinigten sich neben den Vereinigten Freiburger Uhrenfabriken inkl. vorm. Gustav Becker, Freiburg in Schlessien, auch die Hamburg-Amerikanische Uhrenfabrik in Schramberg. Beide zählten bis dahin auch zu den großen Fabriken, die sich unter Anlehnung an die erfolgreichen Fabrikationsmethoden von Junghans überall im Schwarzwald machtvoll entwickelt haben. Es mag weiter von Interesse sein, daß diese drei im Junghans-Konzern zusammengeschlossenen Fabriken zirka ein Fünftel des Weltbedarfs in Großuhren decken. Dieser Zusammenschluß im Jahre 1927 erfolgte in Form einer Interessengemeinschaft. Inzwischen wurde von der Firma Gebrüder Junghans AG. noch die Uhrenfabrik Lenzkirch in Baden übernommen, und die ursprüngliche Interessengemeinschaft der beteiligten Fabriken wurde im Jahre 1930 durch ein noch engeres Zusammengehen in den Junghans-Konzern abgelöst. Die Firmierung ist dieselbe geblieben, und die ursprünglich selbständigen Firmen figurieren als Werke der Firma, jeweils kenntlich gemacht durch den Zusatz ihrer alten Firmenbezeichnung. Hinzu kommen die Tochterunternehmen in Venedig, Wien, Paris, London, Buenos Aires. Firma und Qualitätszeichen der Junghans-Uhren ist der Junghans-Stern.

So sind die Junghans-Werke der Spiegel der Entwicklung unserer deutschen Uhrenindustrie überhaupt. Möchte es dieser gelingen, im Interesse von Wirtschaft, Unternehmen und Arbeiterschaft über die jetzige schwere Beschäftigungs- und Absatzkrise recht bald hinwegzukommen. Die Bevorzugung der Erzeugnisse unserer heimischen Uhrenindustrie für alle deutschen Käufer ist eine wirksame Hilfe hierfür.

Gengler, Stuttgart.

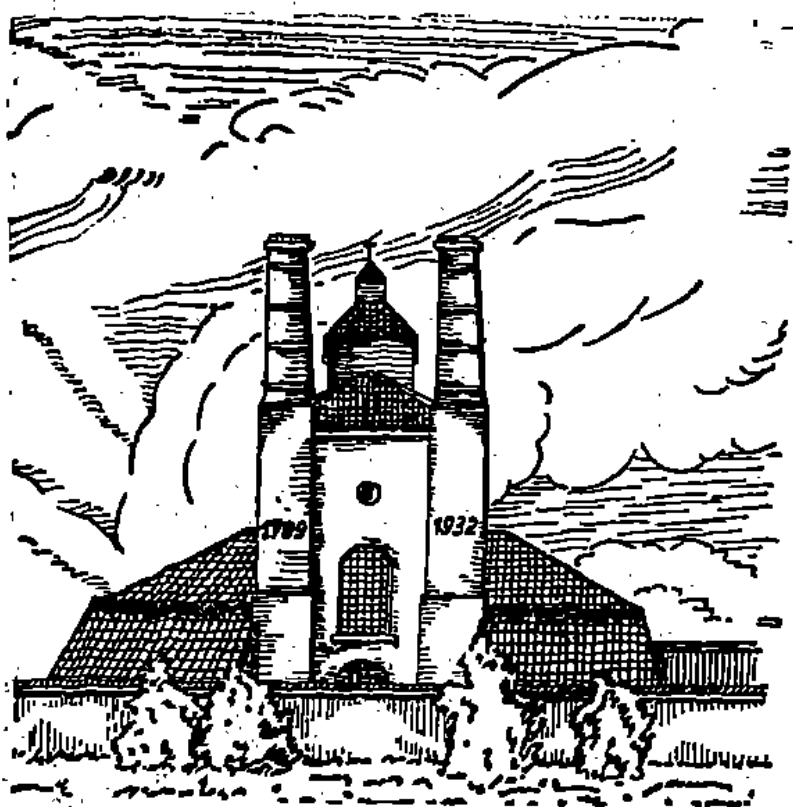
Der Veteran der deutschen Dampfmaschinen

Vor einigen Wochen ist die älteste deutsche Dampfmaschine auf der Saline Königsborn bei Unna zum „alten Eisen“ gelegt worden. 133 Jahre hatte sie treu und brav ihren Dienst geleistet. Sie war nicht in Deutschland, sondern, auf James Watts Erfahrungen fußend, in England gebaut worden.

Der alte deutsche Bergbau war zu gleicher Zeit auch sein eigener Maschinenbauer. Unter weitgehendster Verwendung von Holz stellte er seine zur Förderung, Wasserhaltung und Wetterführung benötigten technischen Hilfseinrichtungen selbst her. Solange man die leicht zugänglichen Rohstofflager abbaute, reichte die bisherige einfache Maschineneinrichtung aus.

Das war aber nicht mehr der Fall, als der steigende Rohstoffbedarf aus dem Mineralreich den Bergbau zwang, größere Tiefen aufzusuchen. Die wachsenden Förder- und Wasserschwierig-

keiten stellten steigende Anforderungen an die maschinellen Vorrichtungen und Antriebskräfte, die immer komplizierter und größer wurden. In der Folgezeit zog sich der Bergbau mehr und mehr auf sein ursprüngliches Gebiet, die Rohstoffgewinnung, zurück und überließ dem allmählich aufblühenden Maschinenbau die Herstellung der technischen Ausrüstung für seine Betriebe, ihn durch Vorschläge und Anregungen unterstützend.



Vorderansicht der Saline Königsborn

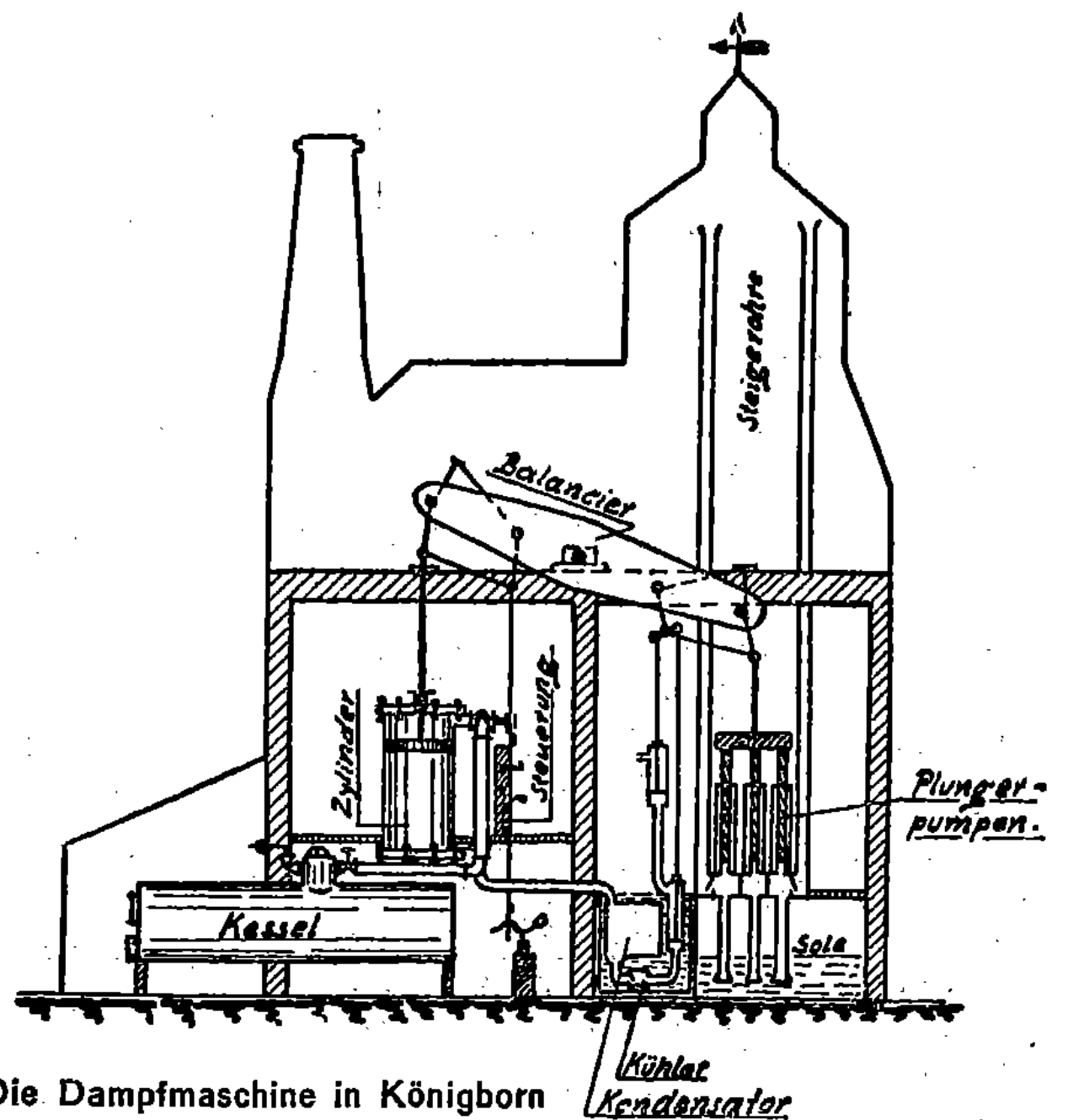
Die Überwindung der unzulänglichen menschlichen und tierischen Antriebskraft war um die Wende des 18. Jahrhunderts für den Bergbau eine Lebensfrage geworden, die ihre Lösung in der Erfindung der Dampfmaschine fand. Sie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zur zuverlässigen und brauchbaren Kraftmaschine ausgebaut zu haben, ist das Verdienst des Engländers James Watt. Fußend auf die Erfahrungen dieses Genies im Dampfmaschinenwesen, wurde auch eine Maschine hergestellt, die auf der Saline Königsborn bei Unna zur Aufstellung kam.

Ihre Inbetriebsetzung erfolgte am 1. August des Jahres 1799. In England gebaut, mußte sie hier in ihre Einzelteile zerlegt und per Schiff an die belgische Küste gebracht werden. Verladen auf schwere Fuhrwerke, mit mehrfachem Vorspann, ging der Transport der massigen Eisenteile über die Landstraßen zum Aufstellungsort. Mit den beiden zugehörigen Dampfkesseln füllte sie ein dafür besonders errichtetes Maschinenhaus vollständig aus. Schon der äußere Gebäudeindruck wirkt auf uns Menschen einer sachlichen, zweckbetonten Zeit eigentümlich. Wäre nicht durch Schornsteine die industrielle Bestimmung des Gebäudes gekennzeichnet, könnte man das Bauwerk als eine kleine Kirche ansprechen. Die großen Dimensionen der Maschine sowie

ihre starken Materialquerschnitte erscheinen uns heute als Verwundung, geben ihr aber ein wichtiges, gewaltiges Aussehen. Ursprünglich bestand der Balancier aus Holz, den man aber später gegen einen gußeisernen auswechselte. Eine Zeichnung aus dem Jahre 1828 zeigt, daß zwischen Kolbenstange und Balancier ein Zahnradgetriebe angeordnet war, das sich aber durch den Einbau einer sehr komplizierten Ventilsteuerung mit Parallelogrammführung erübrigte. Auch diese Verbesserung geht auf Watt zurück.

Der Zylinder arbeitete mit dem geringen Druck von 1 atü. Zur Dampfbereitung wurde von den beiden Kesseln abwechselnd einer in Betrieb genommen. Normalerweise verlangte die Maschine täglich 4 bis 5 Tonnen Kohlen, die durch Fuhrwerk herangeschafft werden mußten. Vom Standpunkt der Wärmewirtschaft aus gesehen also ein großer Energiefresser.

Mit ihren fast 133 Betriebsjahren hatte „die alte Tante“ längst das museumsfähige Alter erworben. Am 7. Juni dieses Jahres wurde sie stillgelegt. Damit ist ein bis in unsere Zeit hineinragendes Stück maschinentechnischer Entwicklung endgültig Geschichte geworden. Einige von Elektromotoren betriebene Kreis-



Die Dampfmaschine in Königsborn

pumpen drücken an ihrer Stelle die Sole auf die Grabierwerke. Unauffällig schmiegen sich die beiden kleinen Pumpstationen dem Gelände an, in jeder Hinsicht Ausdrucksform der heutigen Zeit. Entwickeln sie auch mit ihrem eiligen Surren fast spielerisch ihre Kräfte, im Werden der Technik sind sie undenkbar ohne ihre Vorgängerin, jene behäbig stampfende alte Maschine aus dem Jahre 1799.

Gewerbelehrer Bido, Oberhausen.

Der elektro-mechanische Bosch-Hammer

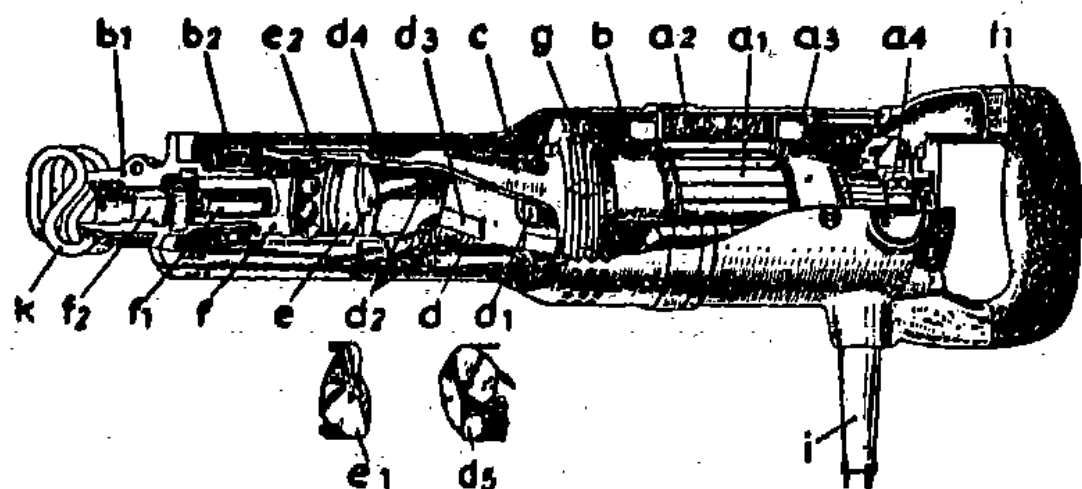
Schon seit längerer Zeit besteht in der Metall verarbeitenden Industrie sowie im Bau- und Installationsgewerbe das Bedürfnis nach einem kleinen elektrisch angetriebenen Schlag-Bohrwerkzeug. Für viele, besonders Montage-Arbeiten, ist die Verwendung des Druckluftwerkzeuges mit dem dazu notwendigen Kompressor zu umständlich und zu teuer. So mußte man bisher Wanddurchbrüche und dergleichen mühsam mit Hammer und Meißel schlagen, auch wenn im Hause elektrischer Strom zur Verfügung steht. Die elektrische Kraft konnte aus Mangel an einem geeigneten Werkzeug nicht nutzbar gemacht werden. Auch in Maschinenfabriken und Gießereien, wo die Art der Arbeit die Anlagen einer Druckluftleitung nicht lohnt, hat ein solches elektro-mechanisches Werkzeug gute Verwendung.

In dem Bosch-Hammer (Hersteller Robert Bosch, AG., Stuttgart) ist es nun gelungen, ein elektro-mechanisches Schlagwerkzeug

zu konstruieren, das die drehende Bewegung des Elektromotors auf sinnreiche und wirtschaftliche Weise in Schläge mit und ohne Drehbewegung umwandelt. Durch das hier angewandte „Drallgetriebe“ wird ein gleichmäßiges und wirkungsvolles Arbeiten des Hammers erzielt, ohne daß eine schädigende Rückwirkung der rasch aufeinander folgenden Schläge auf den Elektromotor eintreten kann.

Der Bosch-Hammer besteht aus dem Antriebsmotor, der Läuferhülse mit Nuten, in denen das Schlaggewicht läuft, und dem Amboss mit dem daran befestigten Werkzeug. Der Antriebsmotor (a 1 Anker, a 2 Polring, a 3 Motorgehäuse) ist ein mit hoher Drehzahl (12 000 Umdrehungen in der Minute bei Leerlauf und 9000 bei Arbeitsleistung) laufender Hauptstrommotor von 120 bzw. 220 Volt Spannung. Sein Anker a 1 findet seine Fortführung in der Läuferhülse. Die so gebildete feste Einheit „Anker-Läuferhülse“ ist beiderseits in Kugellagern a 4 und a 2 gelagert.

Die Läuferhülse c hat innen vier Längsnuten b 2 mit einem leichten, der Drehrichtung des Motors gleichen Drall. Diese weisen gleichzeitig in der Richtung nach dem Werkzeug hin einen zunehmenden Durchmesser auf, d. h. sie neigen sich nach außen, um sich dann im letzten Teil der Achse des Werkzeuges wieder in steil abnehmendem Durchmesser zu nähern. Das in der Läuferhülse c lose steckende Schlaggewicht d besitzt zylindrische Führungsflächen d 3 und vier radiale Bohrungen, in denen Kugeln d 1 stecken. Die letzteren greifen in die Längsnuten d 2 der Läuferhülse c ein. Dadurch wird das Schlaggewicht d von der durch den Elektromotor in Umdrehung versetzten Läuferhülse c mitgenommen. Durch



Schnitt durch den Bosch-Hammer

die Kugeln d 1 werden die Kugeln d 1 nach außen getrieben und drücken genau radial, d. h. senkrecht, zur Längsachse des Boschhammers auf die Nuten d 2. Durch die oben erwähnte Außenneigung der Nuten wird der Radialdruck der Kugeln in je eine Komponente senkrecht zur Nutenfläche und parallel zur Hammerachse zerlegt. Die erste kommt nur in der geringen Kugelreibung in der Nute zum Ausdruck und wird ohne weiteres von der Läuferhülse c aufgenommen, während die zweite dem Schlaggewicht d eine kräftige Beschleunigung in der Längsrichtung nach dem Werkzeug hin gibt. Beim Vorwärtsgleiten eilt das Schlaggewicht wegen des Dralles der Nuten der Drehung der Läuferhülse sogar voraus. Auch der wachsende Durchmesser der Nuten steigert die Kugeldruckkraft weiter.

So trifft das Schlaggewicht d mit sich ständig steigender Geschwindigkeit und mit großer Wucht auf den Amboss e auf. Da sein Schlagkopf mit vier Schrägflächen d 5 versehen ist, denen entsprechend Gegenflächen e 1 im Amboss gegenüberstehen, so wirkt sich der Ausprall am Amboss e wieder in zwei Komponenten aus, nämlich in einen heftigen Stoß in axialer Richtung gegen das Werkzeug und Arbeitsstück, sowie in eine schwächere Komponente, durch die der Amboss mit dem Werkzeug gedreht wird.

Beim Ausprall auf den Amboss e erfährt das Schlaggewicht d natürlich einen gewissen Rückstoß. Außerdem bewirken die schrägen Flächen d 5 am Schlagkopf des Schlaggewichtes eine Verzögerung in der Drehbewegung des Schlaggewichtes, wodurch die Läuferhülse c jetzt dem Schlaggewicht d in der Drehbewegung

voraussetzt. Infolge des Dralles der Längsnuten d 2 wirkt sich diese Verzögerung aber nicht hart in einem Schlag der Kugeln d 1 gegen die Nutenflächen aus, sondern sie wird in eine beschleunigte, rückläufige Bewegung des Schlaggewichtes c umgewandelt. Man kann sagen, das Schlaggewicht wird nach dem Motor zu zurückgeschraubt. Die Rückbewegung des Schlaggewichtes endigt aber wieder nicht hart, sondern wird mit Hilfe der gleichen Kugeln d 1 wieder weich aufgefangen, da diese von den der Achse sich nähernden Längsnuten d 2 nach innen gedrückt werden und dadurch abbremsend wirken. So gleicht das Schlaggewicht seine Drehgeschwindigkeit wieder der der Läuferhülse c an, und von der Endstellung aus beginnt das Spiel von neuem. Auf diese Art wird die kontinuierliche Drehbewegung des Motors in eine stoßende und drehende Bewegung des Werkzeuges mit etwa 1000 bis 1200 Schlägen in der Minute umgewandelt. Ein harter Schlag entsteht nur da, wo man ihn braucht, nämlich zwischen Schlagkopf und Amboss. Und dieser kann sich durch die so sinnreich dazwischen gehaltenen Kugeln d 1 nicht bis zum Motoranker fortpflanzen. Dadurch wird eine harte und schädlich wirkende Beanspruchung des Motorankers und der Lager vermieden.

Der vordere Teil des Ambosses e besteht aus der mit einem Vierkant f 1 versehenen Werkzeugbefestigung f. Auf diese wird das jeweilig gebrauchte Werkzeug gesteckt und durch den Halter k gesichert. Handelt es sich hierbei um einen Hammer, Meißel oder anderes Werkzeug, das sich nicht drehen soll, so greift dieses mit einem zweiten Vierkant in den Vierkant f 2 des Lagerhalses ein. Dadurch wird die Drehung verhindert. Alle Werkzeuge, die sich drehen sollen, haben statt des zweiten Vierkantes einen zylindrischen Schaft.

Der für den Motor notwendige Ventilator g sitzt fest auf der Läuferhülse c. Er saugt die Luft von vorn durch das Gehäuserohr b und von hinten vom Griff her, so daß der Schlagmechanismus und der Motor gleichzeitig gekühlt werden. Durch Löcher im Gehäusemantel b kann die Luft wieder austreten. Der Griff h ist mit Gummi belegt, damit er während der Arbeit bequem und fest in der Handfläche liegt. Der Strom wird durch ein gummiarmiertes, vieradriges Kabel von der Schalteinrichtung her in den Motor geleitet. Eine Weichgummihülle i verhindert das Durchscheuern des Kabels an der Einführungsstelle. Der etwa 7,3 Kilogramm wiegende Hammer wird in einem Transportkasten getragen. In diesem befindet sich die für die Schaltung notwendige Einrichtung mit dem Vorschaltwiderstand. Gesamtgewicht von Transportkasten einschließlich Schaltung und Hammer rund 18 Kilogramm.

Für die Handhabung ist wichtig, daß sogenannte „Blindschläge“, d. h. Schläge bei nicht gegen das Arbeitsstück angelegtem Werkzeug, selbstständig vermieden werden. Sobald nämlich der Hammer mit dem Werkzeug nicht mehr gegen das Arbeitsstück gedrückt wird, wirft das Schlaggewicht d den Amboss e samt Werkzeug beim ersten freien Schlag vor. Nun ist aber der Amboss bei e 2 von einem Ring von Kugeln umgeben, die in einer Rille des

Florian Geyer

(Fortsetzung von Seite 488.)

„Wenn wir hier fertig sind“, sagte er, „und der Krieg sich dann noch in die Länge zieht, haben wir an Rothenburg einen festen Platz von hohem Werte und in dem Lande umher ein starkes Kriegsfeld. Auf der einen Seite Bamberg, auf der anderen Kürnberg, und hinter uns das wackere Volk aus dem Ries und Rördlingen. Kürnberg wird nicht länger widerstehen können; sehen wir aber auf solchem Rest, so hilft uns Markgraf Kasimir selbst wohl die Eier ausbrüten.“

„Und diese wunderbaren goldenen Eier“, erwiderte Georg, „werden soeben in Heilbronn gelegt. Bleibe noch einige Minuten, wenn du Christine noch missen kannst; denn ich möchte dir den Entwurf zur Reichsreform mitteilen, den mir Wendel Hipler zugesandt hat. Er wird dir nicht weniger Freude machen als Rothenburg.“

Er ging und holte die vierzehn merkwürdigen Artikel, welche die Verfassungskommission festgestellt und nach Würzburg geschickt hatte, um Rat und Urteil der besten Männer und Führer zu hören. Ohne eine Bemerkung zu machen, reichte er sie Florian hin, und dieser las sie erst leise, dann aber mit lebhafter und erwärmter Stimme laut:

„Dies ist der von uns ausgearbeitete Reformationsentwurf, welcher Maßen eine Ordnung und Reformation zu Ruh, Frommen und Wohlfahrt aller christlichen Länder aufzurichten wäre.“

1. Alle Priester hohen und niederen Standes und Namens werden reformiert und erhalten ziemliche Notdurft. Ihre Güter fallen zum gemeinen Nutzen.

2. Alle weltliche Herren werden reformiert, damit der arme Mann nicht über christliche Freiheit von ihnen beschwert werde. Gleiches schleuniges Recht soll dem Höchsten wie dem Geringsten sein. Fürsten und Edle sollen die Armen schützen und sich brüderlich halten, gegen ein ehrlisches Einvernehmen.

3. Alle Städte und Gemeinden werden zu göttlichen und natürlichen Rechten, nach christlicher Freiheit reformiert. Es soll keine alte oder neue menschliche Erbschaft mehr bestehen. Alle Bodenzinse sind ablösbar.

4. Kein Doktor des römischen Rechts kann zu einem Gericht oder in eines Fürsten Rat zugelassen werden. Nur drei Doktoren des kaiserlichen Rechts auf jeder Universität, um sie bei vorkommenden Fällen um ihren Rat zu fragen.

5. Kein Priester hohen oder niederen Standes kann in des Reiches Rat sitzen oder als anderer Fürsten und Gemeinden Rat gebraucht werden. Keiner kann ein weltliches Amt bekleiden.

6. Alles weltliche Recht im Reiche, das bisher gebraucht wurde, ist ab und tot, und es gilt das göttliche und natürliche Recht, damit der arme Mann so viel Zugang zum Rechte habe als der Oberste und Reichste. Es sind 64 Freigerichte im Reich mit Beisitzern aus allen Ständen, auch aus dem Bauernstande. Sechzehn



Amboßes gelagert sind, jedoch infolge der Klebwirkung des hier reichlich angewandten Schmierfettes von der Läuferhülse c mit in den Umlauf genommen werden. Dadurch stehen die Kugeln e 2 unter der Einwirkung der Glehkraft und werden kräftig gegen die Läuferhülse gedrückt. Wenn nun beim ersten freien Schlag der Amboß e vorgeschleudert wird, so werden die Glehkugeln e 2 nach einem kurzen Weg des Amboßes in eine Rille in der Läuferhülse c gedrückt und halten dadurch den Amboß solange außer Bereich des Schlaggewichtes, bis sie durch erneutes Andrücken des Werkzeuges an das Arbeitsstück aus der Rille geschoben werden.

Ist der Amboßkopf außer Bereich des Schlagkopfes des Schlaggewichtes geworfen, so stößt beim nächsten Vorlauf das Schlaggewicht d über seine Arbeitsschlagstellung hinaus. Dabei laufen dann aber die Glehkraftkugeln d 1 über die Stelle des größten Abstandes der Nuten d 2 von der Drehachse hinaus und werden infolge der Einschnürung der Nuten entgegen der Glehkraft nach der Achse zurückgedrückt. Dadurch wird der Schlag abgebremst, und die Glehkraftkugeln d 1 ziehen das Schlaggewicht d nach der Stelle der größten Nutenausweitung zurück, wo es zur Ruhe kommt. Es läuft dann einfach mit der Drehgeschwindigkeit der Läuferhülse um. Auch hier kommt das Schlaggewicht lediglich durch das beschriebene Kräftepiel, also ohne Stoßwirkung, zur Ruhe.

Wird das Werkzeug zu weiterer Arbeit gegen das Arbeitsstück gedrückt, so werden die Glehkugeln e 2 des Amboßes aus der erwähnten Rille der Läuferhülse geschoben und der Amboß zurückgedrückt, bis sein Kopf den des Schlaggewichtes berührt. Dadurch wird der Umlauf des Schlaggewichtes gegenüber der Läuferhülse gehemmt, so daß der Drall der Nuten d 2 wieder wirksam wird und das Schlaggewicht nach rückwärts schraubt. Damit beginnt das Schlagen in üblicher Weise wieder. ld.

Fortschritt bei Installationen

In der Gestaltung der bei sanitären Installationen, z. B. Wasch- und Spülbecken üblichen Geruchsverschlüsse (Siphons), ist seit mehr denn 30 Jahren laut Kölnischer Zeitung kaum eine bemerkenswerte Aenderung eingetreten. Immer noch begegnet man den unter den Becken vor der Wand liegenden unschönen und wenig praktischen Bleirohren, die vor gelegentlichen Stößen und andern Beschädigungen ungeschützt, so oft Anlaß zu Klagen geben. Um der neueren Geschmacksrichtung der glatten Linienführung Rechnung zu tragen, sind zwar schon verschiedentlich Versuche angestellt worden, diese Geruchsverschlüsse in die Wände zu verlegen; ein Erfolg war diesen Ausführungen aber nicht beschieden, weil sie sich zu sehr an die altbekannten Formen anlehnten.

Eine Kölner Installationsfirma bringt aber jetzt einen neuen Unterputz-Geruchsverschluß auf den Markt, der in Loslösung von den bekannten Ausführungen nach vollständig neuen Gesichtspunkten eine sehr gut gelungene Lösung der Aufgabe bringt. Dieser neue Geruchsverschluß besteht aus zwei Teilen: einem krümmertartig gebogenen, ziemlich weiten Rohr, das in die Wand eingelassen wird und einem gleichartig gebogenen Rohr geringeren Durchmesser, das in das erstere tief eintaucht und mit dem Wasser-

abflußrohr des Beckens verbunden ist. Der Geruchsverschluß ist damit in einfacher und sicherer Weise hergestellt; der Siphon ist ferner von der Wand verschwunden, und wenn man den Verschluß einmal reinigen will, dann kann man nach Lösen zweier Schraubenverbindungen das Tauchrohr sehr leicht ausbauen. Der Siphon kann sowohl liegend als auch stehend eingebaut werden; er eignet sich also auch für auf dem Boden stehende Gefäße wie Badewannen und dergleichen.

Eine andere nicht minder beachtenswerte Neuerung derselben Firma betrifft die Betätigung der Wasserhähne an Waschbecken. In Laboratorien, Operationssälen und Sprechzimmern von Ärzten wird es oft sehr unangenehm empfunden, wenn die Wasserhähne mit den unreinen Händen geöffnet und nach dem Waschen der Hände abgESPÜLT werden müssen. Die Firma hat daher eine Einrichtung geschaffen, die durch einfache Fußtrittbetätigung den Wasserhahn zu öffnen und zu schließen gestattet. f.

Bekanntmachung

Sonntag, den 28. August 1932, ist der 36. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter:

Hauptteil:

Einladung zur General-Verammlung, S. 481. Verzeichnis der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung, S. 482. Gewerkschaftliches Mitgliedsbuch oder Stimmzettel (G. W.), S. 482. Metallarbeiterschaft, Sozialpolitik und Regelung Papen (W.), S. 483. Stimmen zur Generalversammlung (Schneider, Essen; Härig), S. 484. Werkwohnungen und Mietverhältnisse (Esrev), S. 486. Miete und Hauszinssteuer (D., Gelsenkirchen), S. 487.

Verbandsgebiet:

Fritz Kieseheuer 65 Jahre alt (Kl.); Ochsersleben berichtet (A.); Dessau meldet (J. Eikel), S. 488.

Unterhaltung:

Florian Geyer (Theodor Mügge), S. 486.

Wirtschaft — Technik:

Aus der Schwarzwälder Uhrenindustrie (Gengler, Stuttgart), S. 489. Der Veteran der deutschen Dampfmaschinen (Gewerbelehrer Bibo, Oberhausen), S. 490. Der elektro-mechanische Bosch-Hammer (ld.), S. 490. Fortschritt bei Installationen (f.), S. 492.

Bekanntmachung:

Seite 492.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapel-
tor 17. — Druck: Echo-Verlag und Druckerei, o. G. m. b. H., Duisburg.
Schriftleitung für den „Hammer“: M. Föcher.

Landgerichte, vier Hofgerichte, ein kaiserliches Kammergericht deutscher Nation, auch diese mit Beisitzern aus allen vier Ständen. Von jedem Gericht ist Appellation an das andere.

7. Alle Zölle, alle Geleite hören auf, außer den Zöllen, die zu Brücken, Wegen und Stegen notwendig sind.

8. Alle Straßen sind frei. Alles Umgeld ist ab.

9. Keine Steuer wird gezahlt, als alle zehn Jahre die Kaisersteuer.

10. Nur eine Münze gibt es in deutscher Nation.

11. Gleiches Maß und Gewicht überall.

12. Beschränkung des Wuchers der großen Wechselhäuser, die alles Geld in ihre Hände ziehen und Arm und Reich ihres Gefallens beschämen und beschweren.

13. Freiheit des Adels von jedem geistlichen Lehnverband.

14. Aufhebung aller Bündnisse der Fürsten, Herren und Städte. Überall nur Schirm und Schutz des Kaisers.

„Wahrlich!“ rief Florian, als er das Papier sinken ließ, „das ist fein und tapfer erdacht. Um alles, was das deutsche Volk quält, wird es bald getan sein, wenn diese Artikel ausgeführt werden.“

„Ja, lieber Florian,“ antwortete Georg, „so muß es sein, aber wann wird dieser edle Tag erscheinen?“

„O!“ sagte Gertrude, „warum kommt denn nicht das göttliche Licht und bringt uns den Segen der Liebe, auf den unser edler Bruder Jakob uns verträufelt? Eine kurze Spanne Zeit bleibt doch nur für den hochmütigsten Erdentraum, sollte nicht jeder gern das Gute und Gerechte verlangen und diese vierzehn Artikel freudig annehmen, die gleiches Recht und gleiche Freiheit für alle Menschen wollen?“

„Was hier verzeichnet steht,“ erwiderte Georg, „eilt Jahrhunderten voraus und wird noch viel schweren Kampf und manche bittere Not kosten. Dennoch aber wird es Gottes Zeichen und Fahne sein, und immer wieder

wird es keinen anderen Weg zur Freiheit geben, als zu diesen Lehren und Sätzen.“

„Kein!“ rief Florian, „das Wort soll Wahrheit werden in unserer Hand, davon wollen wir nicht lassen!“

„Wo sind deine Mittel?“ sagte Georg von Wertheim. „Sieh diesen wüsten Haufen. Sieh die steigende Verwirrung und Verwilderung. Die wachsende Macht roher Leidenschaften ist der Untergang alles Göttlichen und Edlen. Einzelne hochstrebende Männer sind die Eichen im Sturm und fallen mit zerbrochenen Kronen. Nirgend ist Halt, nirgend Einsicht und Erkenntnis. Ratlosigkeit und Dünkel sitzen im Rate. Keiner will gehorchen, jeder tut, was ihm gefällt. Statt zur Einheit und Kraft zu gelangen, reißen die Schwachen Bänder. Die Tüchtigen werden entfernt, stumpfsinniger Uebermut verspottet ihre Warnungen, verächtigt sie als Feiglinge und Verräter und brüllt nach den Spießern, um es wie in Weinsberg zu machen.“

„So müssen wir ihnen zuvorkommen,“ antwortete Florian.

Georg warf einen schmerzlichen Blick auf ihn.

„Du bist ein tapferer Führer, Florian, und deine schwarze Schar ist die einzige kriegstüchtige; aber an Deutschlands Spitze zu treten, alle diese Haufen zu vereinigen, die große Bewegung zusammenzufassen, dazu reichen Kraft und Macht eines kühnen Ritters nicht aus. In dem fürstlichen, zersplitterten Deutschland muß ein Fürst die Reform zur Einheit und Freiheit leiten; auch Siedlingen ist daran untergegangen, daß er kein mächtiger Fürst war. Der einzige, der es vermochte, auf den wir rechnen durften, der milden und gerechten Sinn für des Volkes Leiden mit Macht und Weisheit verband, ihn hat soeben Gott uns genommen. Der edle Kurfürst Friedrich von Sachsen ist nicht mehr, der noch vor weniger Zeit von diesem Aufstande sagte: Es ist ein Gottesgericht, das weltliche und geistliche Fürsten durch ihre Härte und Tyrannei wider das arme, gequälte Volk auf sich geladen, und es muß anders werden in Deutschland.“